



<b>BVG</b> Kapitalakkumulation ist grundsätzlich falsch	8
<b>KARTOGRAFIE</b> Instrument der Macht	10
<b>KÜNSTLICHE INTELLIGENZ</b> Digitalisierung als Waffe	12
<b>POSTKOLONIALISMUS</b> Kritik aus marxistischer Sicht	14



## AFGHANISTAN

### «#WolstMeinName?»

**Ende März kündigten die Taliban an, Frauen wieder öffentlich zu steinigen. Die Frauen, die in Afghanistan um ihre elementarsten Rechte kämpfen, benötigen viel Mut. Sie kämpfen dafür, dass die Welt hinschaut und sie in ihrem Kampf unterstützt.**

(agfk) In Afghanistan leiden die Menschen seit Jahrzehnten unter Hunger, Krieg und Terror. Mit der Machtergreifung der Taliban 2021 verschärfte sich die Situation gravierend. Zwei Drittel der Bevölkerung ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. Für Frauen und Mädchen ist die Lage besonders dramatisch, selbst ihre elementarsten Rechte wurden zunichte gemacht. Frauenrechtsaktivist\_innen berichten von Entführungen, Kinderehen, Zwangsverheiratungen und Vergewaltigungen. Generell dürfen sie das Haus nur zu dringenden Besorgungen und verschleiern verlassen und benötigen einen männlichen Begleiter. Systematisch werden sie aus dem öffentlichen Raum, aus Bildungsinstitutionen, aus der Lohnarbeit aus den politischen Entscheidungsstrukturen ausgeradiert. Afghan\_innen, die für ihre Rechte protestieren, werden bedroht, verhaftet und gefoltert. Frauenhäuser mussten schliessen, das Frauenministerium wurde abgeschafft. Alternative Lebensentwürfe von LGBTIQ-Personen sind unmöglich.

#### Geschlechtsspezifische Apartheid

Schon vor dem Sieg der Taliban war eines von drei Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet worden. Diese Zahl stieg bis 2023 weiter an. Eine der ersten politischen Handlungen der Taliban war es, den Mädchen den Besuch von Sekundarschulen zu verbieten. Studieren dürfen Frauen nicht mehr. Als Alternative besuchen immer

mehr Mädchen islamische Schulen, deren Gedankengut die Schüler\_innen in ihre Familien tragen.

Berufsmöglichkeiten für Frauen sind stark eingeschränkt. Vielen wurde gekündigt. Die Berufsverbote stürzen viele Familien noch tiefer in die Armut. Immer mehr Afghan\_innen müssen auf den Strassen betteln, um zu überleben. Um nicht zu verhungern, verheiraten immer mehr Eltern ihre oft noch sehr jungen Töchter gegen einen Brautpreis. Afghanistan hat eine der höchsten Raten an Müttersterblichkeit der Welt. Alle zwei Stunden stirbt eine afghanische Frau während der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Ursachen sind das oft junge Alter, Mangelernährung und schlechte medizinische Versorgung. Hinzu kommt das Verkaufsverbot von Verhütungsmitteln, das die Taliban erliessen. Journalistinnen arbeiten unter Lebensgefahr. Weibliche Rechtsanwältinnen und Richterinnen sind überwiegend von der Arbeit ausgeschlossen. Stattdessen installierten die Taliban erneut das berüchtigte «Ministerium für die Verbreitung der Tugend und die Verhütung des Lasters», das die frauenfeindlichen Erlasse des Regimes umsetzt.

#### Wie kann das alles sein – im 21. Jahrhundert?

Für uns ist klar, dass die grundlegenden Ursachen für diese Barbarei in einer langen Folge von Kolonialismus, Imperialismus, und dem Krieg zwischen den Blöcken um ökonomische und militärische Einflussgebiete zu suchen sind. Systematisch hat der westliche Imperialismus im Osten und globalen Süden fortschrittliche Kräfte zunichte gemacht, progressive Befreiungsbewegungen mit Folter und Totschlag zerschlagen, sozialistische Revolutionen mit allen Mitteln vernichtet, wenn nötig Militärdiktaturen

und Faschismus eingerichtet. Gleichzeitig wurden und werden neben den ihnen genehmen Eliten die konservativsten Teile der Bevölkerung mit Geld, Waffen und Know-How aufgerüstet.

Tatsächlich existierten in Afghanistan fortschrittliche Regierungen und eine grosse revolutionäre Bewegung in den 60er Jahren. Es gab kommunistische Parteien, eine marxistisch-leninistische Partei orientierte sich am Volkskrieg nach chinesischem Vorbild. Sie alle wurden gemäss dem oben geschilderten Muster zunichte gemacht. Aus den halbfeudalen Clanstrukturen und islamischen Traditionen bauten v.a. die USA, aber auch NATO-Staaten mächtige Gruppierungen auf, aus denen sich die Mudschahedin, bzw. der politische Islam und die Taliban entwickelten. Weitere wichtige Faktoren sind die absolute ökonomische Perspektivlosigkeit junger Männer, die fehlende Bildung (Afghanistan hatte eine der weltweit höchsten Analphabetenraten der Welt), der geschürte religiöse Fundamentalismus sowie die tief geprägten patriarchalen Strukturen.

#### Die fortschrittlichen Jahre

Doch davor gab es eine andere Zeit. Bereits 1919 erhielten Afghaninnen erstmals das Wahlrecht. 1920 öffnete die erste Mädchenschule ihre Türen. 1964 wurde das volle Frauenwahlrecht eingeführt, so dass Frauen auch gewählt werden konnten. In den 1970er Jahren hob die damalige Regierung das Heiratsalter für Frauen von 18 auf 21 Jahre, schaffte die Polygamie ab und führte die Schulpflicht ein.

Fortsetzung auf Seite 7

# Inhalt

- 3 Krieg: US-Raketen für Deutschland
- 4 Kurdistan: «Die Kapitulation vor den Bedingungen kann uns nur zu Reformismus und Revisionismus führen»
- 5 Iran: Pakhshan Azizi in Teheran zum Tode verurteilt
- 6 Geschichte: Die Komintern zieht nach Osten
- 8 BVG: Kampf um Altvorsorge geht in die nächste Runde
- 9 Schule: Dunkler Sarkasmus im Schulzimmer
- 10 Landkarten: Woher kommt dieser Winkel?
- 11 Im Bild: Lenin und Nadeschda Krupskaja mit Katze  
Deepfake Pornografie: Misogynie in Zeiten von KI
- 12 Überwachung: Das neue Silicon Valley – und wie Europa davon profitiert  
Argentinien: Klassenkampf von oben rechts an allen Fronten
- 13 Aufbau Gegenmacht: Türkische Invasion in Südkurdistan
- 14 Zur Verteidigung einer emanzipatorischen Politik: Postkolonialismus richtig kritisieren
- 15 Buchtipps: Charlotte Kerner: We are volcanoes
- 16 Bildmanipulation und Künstliche Intelligenz:

## POLITISCHE GEFANGENE

### Freiheit für alle Budapester Antifas

In der Nacht auf den 28. Juni wurde Maja in einer Nacht- und Nebelaktion per Helikopter nach Ungarn ausgeliefert. Nur Stunden später kam ein Auslieferungsverbot des Bundesverfassungsgerichts – zu spät, Maja befand sich bereits in dem berüchtigten Gefängnis, in welchem zuvor bereits die italienische Genossin Ilaria einsass. Mitverantwortlich bei dieser Eilaktion, die SoKo LinX des LKA Sachsen, bekannt aus dem Verfahren gegen Lina. Maja wird vorgeworfen, sich an den antifaschistischen Gegenprotesten zum «Tag des Ehre» in Budapest beteiligt zu haben. Es folgt ein Auszug einer Rede von Lotta, vor dem deutschen Konsulat in Basel:

Wir alle wissen es: der Faschismus wird aktuell überall stärker. Faschist:innen wittern Aufbruchstimmung, in den Parlamenten und teilweise auch auf der Strasse. Die Netzwerke der Nazis spannen sich quer durch Europa, die Schweiz ist dabei oft eine wichtige Drehscheibe: für das Knüpfen von Kontakten, für die Beschaffung von Geld und von Waffen.

Nazi-Strukturen waren lange nicht so eng mit den rechten parlamentarischen Parteien verbunden wie heute. Wir sehen es in der Schweiz am Beispiel der Jungen Tat und der SVP. Während Nazis die Stunde gekommen sehen, vom Untergrund in die Öffentlichkeit vorzudringen, ist der Rechtsterrorismus nach wie vor Teil ihrer Strategie. Wir werden Hanau, Christchurch oder die NSU-Morde niemals vergeben und niemals vergessen.

Zu selten, aber immer wieder, kommt es vor, dass solche Neonazis mit militantem Antifaschismus konfrontiert sind, ihre Lokale zerstört, ihre Kader verprügelt werden. Das ist nicht die einzige Strategie im Kampf gegen Rechts, aber es ist ein wichtiger Teil. Neonazis müssen Angst haben, sich auf der Strasse zu zeigen, das nimmt ihnen den Raum sich zu organisieren und ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten. Auf militanten Antifaschismus reagiert der Staat mit äusserster Härte. Wir kennen es in Basel von den Baselnazifrei-Prozessen, auch wenn das Niveau der Repression mit jenem in Deutschland kaum vergleichbar ist. [...]

### Freiheit für Maja! Freiheit für alle politischen Gefangenen!



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Free Palestine-Demo in Zürich Dezember 2023

## Editorial

Die Kriege, ökonomische und ökologische Krisen und Missstände, welche der Imperialismus hervorbringt und unterstützt, sind vielfältig, wie beispielsweise im Schwerpunkt zur geschlechtsspezifischen Apartheid in Afghanistan oder im Bericht zu den Todesurteilen im Iran zu lesen ist. Die imperialistischen Kräfte, insbesondere die USA, unterstützen immer wieder die für sie scheinbar günstige Seite widersprüchlicher Kräfte für ihre eigenen Interessen, obwohl die Geister, die sie gerufen haben, oftmals zurückschlagen, seien es die Mudschaheddin, sei es Saddam Hussein gewesen.

Die Darstellungen der Folgen, welche die Massen durch die Auswirkungen von Kapitalismus, bürgerlichen Demokratien und autoritären und theokratischen Regimen zu tragen haben, mögen demoralisierend wirken. Der Kampf gegen diese Barbarei ist jedoch in vollem Gang. Weder in Iran noch in Afghanistan lassen sich insbesondere die Frauen und LGBTQI+-Personen entmutigen und auch von der Autonomen Region Kurdistan Nordirak können wir von Erfolgen der Kämpfer\_innen berichten, die dank ihrer immer wieder den neuesten Verhältnissen angepassten Strategie und Taktik der türkischen Armee das Fürchten lehren.

Um eine solche Strategie zu entwickeln oder um laufenden Kämpfe solidarisch zu unterstützen, braucht es ein vertieftes Verständnis über das Wesen und Schwächen der herrschenden ökonomischen und politischen Systeme. Wir bedienen uns des dialektischen Materialismus, der Dialektik, um uns die erforderlichen Kenntnisse und Handlungsanleitungen zu verschaffen. Aus dieser Sichtweise wenden wir uns auch der Debatte über die Postkoloniale Theorie zu, die aktuell aufgrund des Gaza Kriegs und des Schicksals von Palästina und Israel teilweise prominent diskutiert wird. Selbstredend schliessen wir uns der bürgerlichen Hetze nicht an, sondern legen unsere eigene marxistische Kritik dar.

### Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

## KRIEG

# US-Raketen für Deutschland

Hinter der Front in der Ukraine läuft der Aufbau für den imperialistischen Krieg weiter: Ab 2026 stationiert die USA neue Raketenysteme (darunter Hyperschallraketen) in Deutschland.

(gpw) Anfang Juli traf sich in Washington DC die NATO zu ihrem alljährlichen Gipfel mit geladenen Gästen aus der Ukraine und Staaten des Indopazifiks. Eingebettet wurde dieses Treffen in eine allgemeine medial vermittelte Propaganda-Offensive über den pazifistischen Charakter des Kriegsverbündnisses, dass das Wohl der Menschheit, ja der Erde an sich, schütze. Anlass dazu gab das 75-jährige Jubiläum des Bündnisses, das sich 1949 im Kampf gegen den Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg konstituierte und heute seine historische Mission der militärischen Durchsetzung und Verteidigung der Interessen von Kapital und politischer Macht des Westens im Kampf gegen die Hauptfeinde Russland und die Volksrepublik China zu aktualisieren sucht. Die Gesellschaften all jener Länder aber, die im vergangenen Dreivierteljahrhundert auf der anderen Seite dieser Mission standen und entsprechend die Knute des Westens zu spüren bekamen, wissen die Propaganda gewiss zu qualifizieren.

Nebst der vor dem Gipfel verkündeten weitreichenden Erlaubnis für die Ukraine, gelieferte Waffensysteme neu auch offiziell gegen Ziele innerhalb Russlands einzusetzen (was die derzeitige Offensive des ukrainischen Militärs im russischen Grenzgebiet überhaupt erst ermöglicht haben dürfte), ragt die Ankündigung der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, dass ab 2026 wieder Mittel- und Langstreckenraketen der USA in Deutschland stationiert werden, aus den verschiedenen Verlautbarungen des Treffens hervor. Erstmals seit dem Ende der Sowjetunion und nach Jahrzehnten der Verhandlungen zwischen den USA und Russland über die Abrüstung genau solcher Raketenysteme, markiert deren erneute Stationierung einen signifikanten Schritt in der von den Herrschenden verkündeten militaristischen «Zeitenwende» auf dem Kontinent. Wie in der kurzen Ankündigung formuliert, haben diese Raketen eine «signifikant längere Reichweite als gegenwärtig in Europa stationierte Raketenysteme». Konkretisiert heisst das: Moskau und St. Petersburg rücken in Reichweite. Ein entsprechender US-Angriff ginge von deutschem Boden aus.

## US-Basen weltweit - Mittel zum Zweck

Man mag die Präsenz des US-Militärs in Europa mittlerweile als gegeben betrachten, zumal sie seit mehr als einem Dreivierteljahrhundert Bestand hat und generationenübergreifend für viele schlicht der Normalzustand ist. Dem war allerdings nicht immer so. Während die Vereinigten Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg «nur» rund ein Dutzend militärische Basen ausserhalb des Staatsgebiets betrieben (wovon die meisten in der geographischen Nähe der USA lagen, darunter etwa Guantanamo Bay auf Kuba), schwoll ihre Zahl danach bis heute weltweit auf das mehr als 60-Fache an.



Nach dem NATO-Doppelbeschluss 1979: Massenhafter Protest mit Millionenbeteiligung gegen US-Atomwaffen in Europa - inklusive uniformierter NATO-Soldaten (Bonn, 1983).

Harry Truman, der zum Ende des Zweiten Weltkriegs US-Präsident war und die Nachkriegsordnung mitgestaltete, formulierte den erklärungsbedürftigen Entschluss, Stützpunkte (insbesondere in Europa, Japan und Korea) nach Kriegsende nicht aufzuheben, sondern aufrechtzuerhalten. Er stellte den politisch-militärischen Zweck dieser Basen nach der Potsdamer Konferenz in einer Radioansprache klar: «Wir werden die Militärstützpunkte beibehalten, die für den totalen Schutz unserer Interessen und des Weltfriedens notwendig sind,» um gleich nachzuschreiben, dass ebenso zusätzliche Basen zu diesem Zweck akquiriert werden würden. Es war ein Wendepunkt, der den Aufstieg der USA zur Weltmacht zementierte.

2023 waren es nun gemäss Zahlen der Overseas Base Realignment and Closure Coalition um die 750 Stützpunkte, die von der US-Armee ausserhalb der USA betrieben wurden, mit Schwerpunkten in Europa, dem Nahen Osten und Ost-Asien. Die Basen kommen in verschiedenen Formen, wobei am einen Ende des Spektrums Kleinstbasen mit Kleinstgruppen an Soldat\_innen mit spezialisierten Aufgaben liegen und am anderen Ende Garnisonen als Organisationseinheiten, in denen sich verschiedene Stützpunkte vereinen und in denen jeweils mehrere zehntausend Soldat\_innen und Angehörige leben und arbeiten. Fünf der neun US-Garnisonen in Europa liegen in Deutschland, dort leben insgesamt um die 165'000 Personen (in der Grössenordnung zwischen den Populationen von Lausanne und Basel). Die Benelux-Garnison bildet die wesentliche Schnittstelle mit dem NATO-Kommando in Belgien, während die

Heeresgarnison in Italien der Kontrolle des Mittelmeers zugewendet ist. Neueren Datums sind die Einrichtungen der US-Garnisonen in Polen (2023) und am Schwarzen Meer in Rumänien und Bulgarien (2024). Geographisch bedingt ist klar, wogegen sich diese richten.

## Ab ins Getümmel

Die Stationierung neuer Raketenysteme in Deutschland sowie die Eröffnung neuer Heeresgarnisonen in Osteuropa sind Beispiele des Aufmarschs des US-Militärs hinter der Front in der Ukraine und Russland. Sie unterstreichen, wie verkürzt es wäre, den Krieg dort losgelöst vom dahinterliegenden und übergeordneten Konflikt zwischen der russischen Grossmacht und dem westlichen Imperialismus insgesamt zu betrachten. Augenfällig ist, dass es im deutschsprachigen Raum in erster Linie der Rechten gelingt, politische Antworten auf die (letztlich auch) anti-imperialistischen Reflexe in der Bevölkerung zu formulieren, die auf den Ausbau der US-Präsenz und die Vertiefung imperialistischer Kriegsverbündnisse in Europa folgen, und so aufgreifen, was gesellschaftlich gärt. Mittelfristig wird das kaum weniger werden, weil der Krieg gleich in mehreren Hinsichten kostet und weil diese Kosten von den unteren Klassen getragen werden - ob mit Lohn oder Leben, ob im transatlantischen oder europäischen Verbund. Inwiefern es gelingt, darin anti-imperialistische, antikapitalistische oder gar zaghaft revolutionäre Positionen sichtbar zu machen, liegt auch am Mut, sich in dieses Getümmel zu stürzen.

## UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

### ZH: Explosion bei türkischen Nationalist\*innen

In der Nacht auf den 30. Juli 2024 haben wir in Regensburg den Briefkasten vom Vereinslokal der Isvicre Türk Federasyon gesprengt. Dieser Verein ist die offizielle schweizer Zweigstelle der türkisch-nationalistischen Partei MHP.

Unsere Aktion ist einerseits eine Antwort auf die immer gewalttätiger auftretenden europäischen MHP-Strukturen. Andererseits und vorallem stellt unsere Aktion einen internationalistischen Beitrag dar zum Befreiungskampf der kurdischen Bewegung. Sie ist ein etwas verspäteter Geburtstags-Gruss an Rojava, jenem Streifen Nord-Syrien, der seit nunmehr 12 Jahren die Hoffnungen aller unterdrückten Völker der Region erblühen lässt. Und der gleichzeitig bohrender Stachel im Fleisch des türkischen Nationalismus ist. Piroz be, Rojava, auf die nächsten 12 Jahre!

(...)

Wer aber ist überhaupt die heute attackierte MHP? Sie ist weit mehr als Edogan's Junior-Partnerin in der Regierung. Anfangs der 70er als klassisch nationalsozialistische Partei entstanden, war sie ab den 90ern die wesentliche Kraft in der Entwicklung dessen, was man in Europa die 'Neue Rechte' nennen würde. In der Krise des neoliberalen Modells verstand sie es, die im türkischen Kontext bisher gegensätzlichen konservativen Strömungen des Kemalismus und des Islamismus miteinander zu verbinden. Sie stand damit Pate in der ideologischen Formierung des heute herrschenden Blocks des Islamo-Nationalismus. Der wesentliche Kitt dieser Synthese besteht aus

militaristischem Expansionismus, Anti-Kommunismus, Kurd:innen-Hass und der Verteidigung patriarchaler Gesellschafts-Strukturen. In Europa sahen wir mit dem massenhaften Zeigen des Wolfs-Grusses (dem Partei-Gruss der MHP) während dem nationalistischen EM-Getümmel eine kleine Kostprobe der Verankerung dieser faschistischen Synthese innerhalb des nationalistischen Teils der türkischen Exil-Community.

Doch die MHP ist keine rein türkische Erscheinung. Gerade aus internationalistischer Perspektive ist es wichtig, sich bewusst zu sein, dass die MHP immer auch Instrument der NATO war. Ihr Gründungs-Vater Alparslan Türkeş (gerade vor einigen Monaten besuchte eine Zürcher Delegation dessen Grab in Ankara) genoss wie andere seiner Kumpanen eine militärische Ausbildung in den USA. Die MHP beziehungsweise insbesondere deren paramilitärischen Jugendgruppen ('Graue Wölfe') waren in den 70ern zentrale Stützen des verdeckten NATO Aufstandsbekämpfung-Projektes GLADIO. Auch in Europa, insbesondere in der BRD, genoss die MHP lukrative staatliche Unterstützung zur Terrorisierung der massenhaft nach Europa exilierten linken und kommunistischen Gast-Arbeiter\_innen.

Diesen Charakter faschistischer Parteien als anti-kommunistische Kettenhunde des Imperialismus in Erinnerung zu rufen, ist heute in der tiefen Krise des Imperialismus von allerhöchster Wichtigkeit. Gerade im mittleren Osten sehen wir, dass der Faschismus nicht einfach aus heiterem Himmel kommt. In der Türkei der 70er war er die Antwort auf eine vorrevolutionäre Situation in der Arbeiter\_innen-Klasse, den Schwung der anticolonialen Befreiungsbewegungen und die Ölkrise. Heute ist er die

Antwort auf den Freiheitsdrang der entrechteten Völker und insbesondere ihrer jungen Frauen, auf das neue Selbstbewusstsein, mit dem Kurd\_innen, Araber\_innen, Türk\_innen, Armenier\_innen, Iraner\_innen und viele mehr in Rojava, in den Bergen, in den Städten und in den Gefängnissen für ihr Leben und ihre Freiheit kämpfen. Sehen wir es realistisch, all die globalen wie regionalen Mächte, die in der Region Krieg führen - USA, Russland, Iran, Israel und die Türkei - sie alle kämpfen um ihr Überleben. Der türkische Palast musste mit den Lokal-Wahlen diesen Frühling eine empfindliche Niederlage einstecken, ganz zu schweigen von seinen katastrophalen militärischen Niederlagen in den Bergen. In dieser Situation werden die Angriffe der faschistischen Verbände und der Staats-Terror nicht weniger werden, im Gegenteil. Sie sind fester Bestandteil des Spezialkrieges und müssen als solche beantwortet werden. Mit dem Mut, der Entschlossenheit und der Kreativität der kurdischen Guerilla: In Rojava, in der Türkei, hier, überall. Mobilisieren wir gegen die zurückgedrängte aber noch nicht abgewehrte türkische Offensive gegen die Freiheits-Berge! Organisieren wir uns gegen die Ankündigungen des türkischen Regimes im August eine weitere Bodenoffensive gegen Rojava zu starten! Greifen wir die Verantwortlichen und ihre Handlanger\_innen an, wo immer wir sie treffen!

**Hoch die internationale Solidarität!  
Fight for Rojava!**

von: <https://barrikade.info/article/6525>

KURDISTAN

# «Die Kapitulation vor den Bedingungen kann uns nur zu Reformismus und Revisionismus führen»

Ein Gespräch der Arbeitsgruppe Frauenkampf des Revolutionären Aufbaus mit İsyân Ateş von der TKP-ML/Kommunistischer Frauenbund (KKB) über die Rojava Revolution und über Frauen- und LGBTI+-Kämpfe.

**agfk:** Kannst du uns von deiner persönlichen und politischen Motivation erzählen, sich der Revolution in Rojava anzuschliessen?

Meine persönliche Beteiligung an der Rojava Revolution ist nicht unabhängig von den Ansichten unserer Partei zu sehen. Um eine Antwort auf diese Frage geben zu können, müssen wir also erst die Bedingungen verstehen, unter denen die Revolution entstand.

Wir erinnern uns an die Tage der Revolution und wie die Menschenmassen im gesamten Nahen Osten die Plätze mit ihren Forderungen füllten. Diese Bewegungen, ohne revolutionäre Avantgarde und unter der Politik der Imperialisten, sind im Sande verlaufen oder unter den Einfluss der Reaktionen geraten. Die Entstehung von Daesh (IS) ist das Ergebnis dieses Prozesses. Die Kurdische Nationale Freiheitsbewegung organisierte unter grossen Opfern Volksverteidigungseinheiten gegen die Finsternis von Daesh. Natürlich mussten wir hier sein und gemeinsam mit der Kurdischen Nationalen Freiheitsbewegung gegen Daesh kämpfen. Ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Revolution ist für uns, dass sie eine Frauenrevolution ist. Natürlich haben wir als Kommunist\_innen Meinungsverschiedenheiten mit der kurdischen Frauenbewegung. Für uns ist zum Beispiel klar, dass es keinen erfolgreichen Kampf gegen das Patriarchat ohne einen Kampf gegen den Heterosexismus geben kann. Unsere Ansichten zu Themen wie Privateigentum, Familie und binärem Geschlechtersystem sind ebenfalls unterschiedlich. Aber diese Unterschiede dürfen uns nicht daran hindern, gemeinsam gegen den Feind zu kämpfen. Letztendlich ist unser Platz im Kampf gegen den faschistischen türkischen Staat – den grössten Vertreter des Patriarchats und des Heterosexismus im heutigen Nahen Osten – natürlich in der Revolution von Rojava.

Im Einklang mit der Ausrichtung unserer Partei war auch meine Ankunft in der Region Rojava von einer solchen Motivation geprägt. Natürlich hatte ich, und auch die Menschen in Europa um mich herum, eine Menge Fragen und Bedenken, bevor wir hier herkamen. Letztendlich hat uns alle der Gedanke, dass «der Nahe Osten kein sicherer Ort für queere Menschen ist», beeinflusst. Gleichzeitig sind diese Länder die Orte, an denen Millionen von Lubunya\* wie ich geboren und aufgewachsen sind. In dieser Situation kann das revolutionäre Handeln nicht darin bestehen, einfach unsere Positionen aufzugeben. Natürlich können wir hier nicht auf die gleiche Weise kämpfen wie in Dersim, Trabzon, Istanbul oder Antalya. Das heisst aber nicht, dass wir hier keinen Kampf führen können. Dies ist eine der wichtigsten Lektionen, die uns die marxistisch-leninistisch-maoistische (MLM) Wissenschaft lehrt: Zu kämpfen, ohne in Stereotypen zu verfallen.

**Das patriarchale System, mit seiner binären Aufteilung, hat einen grossen Einfluss auf die Gesellschaft und ist in unserem Leben und Verhalten präsent, dies manifestiert sich auch in den Strukturen unserer eigenen Organisationen. Wie geht ihr als Partei damit um?**

Patriarchat und Heterosexismus umgeben unser Leben von allen Seiten, sie spiegeln sich in unserem persönlichen Verhalten in jedem Moment wider. Dieses System reproduziert sich nicht nur physisch mit brachialer männlicher Gewalt. Es reproduziert sich auch mit vielen vitalen und kulturellen Codes. Der Weg von der Einsicht, dass Frauen sich nicht der Guerilla anschliessen können, weil sie ihre Menstruationstage haben, bis zur Realisierung eines Frauenkommandos und einer Frauenarmee war lang und schwierig. Heute verfügen wir über jahrelange Erfahrungen und ideologische und theoretische Erkenntnisse (siehe zB. unsere Broschüre «Zu Ehren von LGBTI+-Märtyrern, die ihre Herzen mit unbeschreiblicher Liebe erfüllt haben»), die es zu nutzen gilt. Patriarchat und Heterosexismus sind sehr heimtückische Ideologien, die in jeder Epoche andere Formen annehmen. Es kommt darauf an, sie richtig zu erkennen.

Aber natürlich ist es nicht so einfach, die Situation im Alltag zu analysieren, sich an das Leben unserer Gefallenen zu erinnern, aus Erfahrungen zu lernen usw. Aus diesem Grund ist es wichtig, eine prinzipielle Haltung zu entwickeln. Wenn wir keine prinzipielle Haltung im Kampf gegen Patriarchat und Heterosexismus entwickeln, geben wir als erstes immer unsere LGBTI+- oder



Frauen und LGBTI+ an vorderster Front des bewaffneten, revolutionären Kampfes.

Frauenkampfpolitik auf. Denn Patriarchat und Heterosexismus haben jeden Moment unseres Lebens durchdrungen.

**Wie äussert sich diese prinzipielle Haltung, auf welche Grundsätze beruft ihr euch?**

Es sind Grundsätze der MLM-Wissenschaft, die auch eine Reihe von kulturellen Merkmalen enthält, die zur Persönlichkeit von Partisan\_innen gehören sollten. Es gibt kein allgemeingültiges Rezept und es besteht immer die Möglichkeit, Fehler zu machen und zu versagen. Die Frage ist, wie man sich verhält, wenn sie passieren. Natürlich machen auch wir Fehler, sowohl bei der Durchführung von Aktivitäten in der «Armenischen Brigade» als auch innerhalb unserer eigenen Organisationsstrukturen. Nach dem Prinzip «von den Massen für die Massen» erarbeiten wir jedoch Lösungen für diese Fehler.

Wir teilen unsere Erfahrungen im Frauen- und LGBTI+-Kampf in zwei Teile. Der erste ist der Kampf, den wir innerhalb unserer Partei führen, und der zweite ist der Kampf, den wir in der Armenischen Brigade «Märtyrer Nubar Ozanyan» führen. Der interne Teil sollte ebenfalls in zwei Teile unterteilt werden. Der Kampf der Lubunya in sich selbst und der Kampf innerhalb der allgemeinen Organisationsstruktur.

Der ideologische Kampf in sich selbst ist wichtig um z.B. die historischen Errungenschaften der Lubunya innerhalb der Partei zu sichern. Aber auch, weil es leicht passiert, selbst Teil des Heterosexismus zu werden, ohne es zu merken. Das war eine der grössten Schwierigkeiten, die ich selbst erlebt habe. Wie kann ich mit «meinen eigenen Farben» an einer Organisationskultur teilnehmen, die seit so vielen Jahren unter den Bedingungen des Heterosexismus geformt wurde? Auf der Suche nach einer Antwort auf diese Frage ist es möglich, seine Farben zu verlieren oder dem Volk und der Revolution den Rücken zu kehren, weil man seine Farben nicht verlieren will.

**Kannst du noch mehr zum Kampf innerhalb der Partei sagen?**

Im Allgemeinen ist der Kampf gegen Heterosexismus innerhalb der Kommunistischen Partei noch nicht auf dem Niveau, das es haben sollte. Das ist leider immer noch überall auf der Welt der Fall, obwohl die Linien der MLM-Wissenschaft klar sind. In unserer Partei ist mit der Organisation der Frauen im «Kommunistischen Frauenbund» ein Durchbruch erzielt worden. Wir sehen Patriarchat und Heterosexismus als miteinander verbunden, aber gleichzeitig sind sie auch verschiedene Dinge. Das bringt Schwierigkeiten mit sich. Das Kriegsfeld zum Beispiel, ist nach dem binären Geschlechtersystem organisiert. Man wird mit einer Reihe von physischen Problemen konfrontiert, von der Frage, in welchem Trupp man untergebracht wird, bis hin zur Frage, wer für einen zuständig sein wird. Die Frage der «Besonderheiten» unserer Region war auch eine Ausrede für Heterosexismus. Natürlich gab es in unseren Organisationen, unter der Führung unserer Partei, verschiedene Diskussionen über diese Fragen. Aber diese Meinungsver-

schiedenheiten wurden überwunden, indem unsere Partei die Diskussionen mit dem Bewusstsein für den Prozess führte. Wir hatten auch Probleme in unseren Beziehungen zu anderen revolutionären Organisationen. So gab es beispielsweise Diskussionen darüber, ob ein Queer an den Treffen und Aktivitäten der Frauen teilnehmen sollte. In diesem Prozess haben wir wieder einmal die folgende Wahrheit erkannt: Revolution kann nicht gemacht werden, indem die Bedingungen entschuldigt werden. Die Kapitulation vor den Bedingungen kann uns nur zu Reformismus und Revisionismus führen. Aus diesem Grund ist eine konkrete marxistische Analyse der situativen Bedingungen unerlässlich, damit die Bedingungen nicht vor den Ursachen kapitulieren, sondern die Bedingungen verändert werden.

**Kämpfe der Frauen und der Kampf der LGBTI+ werden oft als Identitätspolitik geführt, was ein grosses Potenzial zur Spaltung der Bewegung in sich birgt. Wie geht ihr damit um?**

Die Wurzeln der Unterdrückung im Kapitalismus von Frauen und Queers sind fest in der Entstehung der Klassengesellschaft verwurzelt. In diesem Sinne ist es nicht möglich, Patriarchat und Heterosexismus zu beseitigen, ohne die Klassen zu beseitigen und umgekehrt. Wir leugnen nicht den Kampf für Reformen, wir kämpfen für die Ausweitung der demokratischen Rechte. Allerdings ordnen wir demokratische Rechte und Reformen dem Kampf um die Macht und dem Kampf gegen anti-marxistische Strömungen unter.

Auf der ganzen Welt, insbesondere im Nahen Osten, wird ein neuer grosser Spaltungskrieg organisiert, der den Bedürfnissen der Imperialisten entspricht. In diesem Prozess sehen wir, dass der Faschismus allmählich überall auf der Welt aufsteigt. Es ist sehr wichtig, die richtige Haltung in diesen Diskussionen einzunehmen, die darauf abzielen, die Frauen- und LGBTI+-Bewegung zu spalten. Diejenigen, die das Thema lediglich als Kampf um die Identität betrachten, werden nicht in der Lage sein, hier die richtige Haltung einzunehmen. Wer jedoch versteht, dass der Kampf gegen Patriarchat und Heterosexismus Teil des Klassenkampfes ist, nimmt die richtige Haltung ein. So spiegelten sich die Diskussionen um die TERFs auch in der Türkei und im türkischen Kurdistan wider (TERF – Trans-Exclusionary Radical Feminist; Transfeindlichkeit durch Feminist\_innen). Es ist notwendig, Schlussfolgerungen aus diesen Diskussionen zu ziehen, die zunächst als unbedeutende Diskussionen zwischen einigen wenigen Personen erschienen. Die Ausgrenzung von Transsexuellen ist ein ernstes Problem, das dem Kampf gegen das Patriarchat schadet. Es sind nicht Lubunya, die die Einheit der Frauen spalten. Im Gegenteil, was die Einheit der Frauen spaltet, ist das Verständnis, welches Lubunya im Kampf gegen das Patriarchat ausschliesst. Genauso wenig ist es die Frauenbewegung, die die Klasse spaltet. Unsere Seite in dieser Frage muss klar sein: Der Kampf gegen Patriarchat und Heterosexismus muss gemeinsam geführt werden. Wir stehen an der gleichen «Front des Krieges». Unter den Bedingungen des zunehmenden Faschismus wird jedoch versucht, die Kämpfe der unterdrückten Völker mit weiteren imperialistischen Spielen zu spalten. In Sachen Palästina wird zum Beispiel gesagt: «Die HAMAS ist gegen LGBTI+, also stellt euch auf die Seite Israels». So wird die Hand des Imperialismus gestärkt. Wir müssen genau analysieren, wem diese Diskurse dienen und was sie bewirken. Da Frauen- und Queer-Organisationen in dieser Frage erfahren sind, gaben sie die korrekteste Antwort.

\*Lubunya war zunächst eine Bezeichnung für Transfrauen und weibliche Schwule in der Türkei und Türkisch-Kurdistan. Mit der Entwicklung der LGBTI+-Bewegung wird es mittlerweile für alle LGBTI+-Personen verwendet.

Die TKP-ML ist eine türkische, kommunistische Partei, die seit den 70er-Jahren existiert. Ihr Gründer Ibrahim Kaypakkaya hat die Unterdrückung des kurdischen Volkes schon in den Gründungstexten adressiert. Der bewaffnete Arm der Partei «TIKKO» kämpft mit an der Front in Rojava. Sie gründeten die armenische Brigade «Şehid Nubar Ozanyan» sowie einen armenischen Rat. Den kommunistischen Frauenbund «KKB» gibt es seit 2019: Eine autonome Organisation der Frauen und LGBTI+, mit Entscheidungsgewalt in allen Themen des Frauen- und LGBTI+-Kampfes.

## IRAN

# Pakhshan Azizi in Teheran zum Tode verurteilt

Seit ihrer Gründung greift die Islamische Republik Iran zu einer eskalierenden Anwendung der Todesstrafe, wenn sie in eine zunehmende Legitimationskrise gerät. Marginalisierte Ethnien, Frauen und LGBTIQ-Personen sowie die Arbeiter\_innenklasse sind dabei die Hauptopfer. Die «Gemeinschaft der freien Frauen Ostkurdistan» (KJAR) hat gegen die Todesstrafe im Iran die Kampagne «Nein zur Hinrichtung, Ja zum freien Leben» ausgerufen.

(agfk) Im Jahr 2023 vollstreckte die iranische Regierung 853+ Hinrichtungen. Für mehr als die Hälfte waren die Revolutionsgerichte verantwortlich, welche für die «Nationale Sicherheit» zuständig sind. Bis im März 2024 wurden mindestens 95 Hinrichtungen dokumentiert. Pakhshan Azizi wurde bereits 2009 unter dem Vorwurf verhaftet, sie habe an Studierendenprotesten gegen die Hinrichtung kurdischer politischer Gefangener teilgenommen, wurde später aber wieder freigelassen. Wegen der Bedrohung durch die Sicherheitsbehörden verliess die kurdische Journalistin und Sozialarbeiterin den Iran und arbeitete in Irakisch-Kurdistan und Syrisch-Kurdistan, wo sie unter anderem auch in Geflüchteten-Camps Sozialarbeit betrieb. Am 4. August 2023 wurde sie erneut von Agenten des Geheimdienstministeriums verhaftet und wird seither im Evin Gefängnis in Teheran festgehalten. Von der Verhaftung bis zur Anklageerhebung und Überstellung an das Islamische Revolutionsgericht wurde ihr der Zugang zu einem Rechtsbeistand verweigert. Seit dem 6. Juli wird ihr auch der Kontakt zu ihrer Familie verweigert. Pakhshan Azizi wird in Evin psychisch und physisch gefoltert, um von ihr ein Geständnis zu erzwingen. Vor einem Islamischen Revolutionsgericht in Teheran wurde sie nun wegen «bewaffneten Aufstands» und ihrer vermeintlichen Mitgliedschaft in der «Partei für ein freies Leben in Kurdistan» (PJAK) für schuldig gesprochen. Das Urteil des Gerichts: «Eine Gruppe, die einen bewaffneten Aufstand gegen die Gründung der Islamischen Republik Iran unternimmt, gilt als rebellisch, und wenn Waffen eingesetzt werden, werden ihre Mitglieder zum Tode verurteilt.»

## «Feindschaft zu Gott»

Varisheh Moradi droht unter ähnlichen Anklagepunkten ebenfalls das Todesurteil. Die Aktivistin der KJAR, dem «Dachverband der kurdischen Frauenbewegung im Iran», ist am 1. August 2023 festgenommen und wochenlang vom iranischen Geheimdienst gefoltert und verhört worden. Im Februar wurde Anklage wegen «Feindschaft zu Gott» und «bewaffneter Rebellion gegen den Staat» und ihrer angeblichen Mitgliedschaft in der PJAK erhoben.

Reza Rasaei gehörte der kurdischen Minderheit und der Religionsgemeinschaft der Yaresan im Iran an. Er wurde am 6. August 2024 um 5 Uhr morgens im Gefängnis von Dizel Abad in der Provinz Kermanshah willkürlich und heimlich hingerichtet. Weder Reza Rasaei selbst noch seine Familie oder sein Anwalt wurden vorher über die geplante Vollstreckung des Todesurteils informiert. Nur wenige Stunden, nachdem die Behörden seine Familie über seinen Tod in Kenntnis gesetzt hatten, zwangen die Behörden seine Angehörigen, seinen Leichnam in einem abgelegenen Gebiet weit weg von seinem Zuhause und in Anwesenheit von Sicherheitskräften zu begraben.



Die Beerdigung von Jina Mahsa Amini 2022 wird zum Protest gegen das iranische Regime: «Jin, Jiyan, Azadi!» (Frau, Leben, Freiheit).

## Die Islamische Republik Iran begeht unzählige Verbrechen

Fazel Bahramian, Mahmoud Mehrabi, Mamousta Mohammad Khazrnejad, Manouchehr Mehman Navaz, Mehran Bahramian, Mojahed (Abbas) Kourkouri und Toomaj Salehi – auch über sie und unzählige andere wurde nach den Protesten unter der Parole «Jin, Jiyan, Azadi» nach dem Mord an Jina Mahsa Amini ein Todesurteil gesprochen. Wie Pakhshan Azizi schweben auch sie in akuter Lebensgefahr und könnten jederzeit hingerichtet werden.

## «Draussen wartet das Vergessen»

Sareh Sedighi erhielt vor zwei Jahren ihr Todesurteil. Ihr Verbrechen: Sie zeigte öffentlich ihre Beziehung zu einer Frau. Nach ihrer Verhaftung sass auch sie drei Monate in Isolationshaft. Doch ihr Urteil bewegte Menschen international und es wurde eine Kampagne gestartet, die einen öffentlichen Prozess und Beweise für ein Verbrechen forderte. Daraufhin wurde Sareh Sedighi 2023 auf Kautionsfreilassung und sie führt nun ihren Kampf in Deutschland weiter. Doch in den Gefängnissen im Iran ist die Angst gross, dass draussen, vor den Gefängnismauern, das Vergessen wartet.

In den sozialen Medien tauchten vor kurzem Videos der Verhaftung von Nafas H. und ihrer Freundin auf. Die beiden 14-jährigen wurden brutal in ein Polizeiauto gezerrt. Beide trugen kein Kopftuch. Doch die Empörung über diese Tat der Polizei ist gross und zeigt sich in vielen Kommentaren, die zum Teil auch kritisch gegenüber der Regierung sind. Schon im September 2022 erhoben viele die Stimme gegen Polizeigewalt und das System der Islamischen Republik Iran. Nach dem Mord an Jina Mahsa Amini gab es nationale und internationale Proteste. Das herrschende reaktionäre Regime samt seinem Unterdrückungsapparat wurde ins Wanken gebracht. Aus Furcht vor dem Fall setzte der herrschende Klerus auf pure Gewalt um den Widerstand niederzuschlagen. In dieser Furcht sieht die PJAK eine einmalige Chance, das herrschende System Irans zu zerschlagen. Die Menschen seien erwacht und entschlossen, gegen das Bestehende zu kämpfen, es zu verändern, zu transformieren und an

Stelle dessen etwas Neues zu gestalten. Frauen führten diese Proteste an und wehrten sich gegen die strukturell etablierte Ungleichheit und Entrechtung. Mazlum Heften von der PJAK forderte 2022, es brauche eine eindeutige Haltung und klare Positionierung gegen das Regime, es gehe um den Mangel an Freiheit und Demokratie, um Unterdrückung und Gewalt. Diese Forderung richtete er als Kritik Richtung Westen, und sie hat kein Bisschen an Aktualität verloren.

## Freiheit für alle politischen Gefangenen

Sareh Sedighi kämpft nach der erfolgreichen Kampagne für ihre Freilassung gegen das Vergessen ausserhalb der Gefängnismauern; im Evin Gefängnis gab und gibt es Sitzstreiks und Proteste nach der Verurteilung von Pakhshan Azizi; in den sozialen Medien gibt es einen Aufschrei wegen der Verhaftung von Nafas H.; und so weiter und so fort. Der Widerstand unserer Genoss\_innen im Iran kann auch nicht durch Hinrichtungen gebrochen werden. Es wird deutlich, dass selbst die schlimmste Repression den Willen der Menschen nach Freiheit, nach sozialer und ökonomischer Sicherheit und den Kampf für eine revolutionäre Perspektive nicht zu brechen vermag. Der revolutionäre Internationalismus und unsere Solidarität sind unverzichtbar, um unseren Genoss\_innen zur Seite zu stehen und der Kampagne für die Freiheit der zum Tode verurteilten zum Sieg zu verhelfen.

*«Das Regime hat keine Macht mehr und kann nur noch auf Gewalt setzen. Junge Menschen werden die Welt gestalten. Revolutionen brauchen Zeit, nichts passiert über Nacht. Meine Hoffnung auf Veränderung bleibt bestehen, aber meine Hauptbotschaft lautet ohnehin: Die Veränderung ist bereits in vollem Gange»*

(Nasim Eshqi, iranische Aktivistin und Sportlerin).

## MERKE



Zivile Frauen fallen oft weniger auf... aber es gibt sie!



Vlnr: Sonderkommissar Stapo ZH, Einsatzleitung front, Zuständig für Lageerkennung, Verkehrspolizist

GESCHICHTE

# Die Komintern zieht nach Osten

1920 versammelten sich in Baku, Aserbaidschan, 2000 Delegierte, um die antiimperialistische Revolution «im Osten» anzupacken. Sie waren von der Komintern eingeladen worden, um die antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen in die Weltrevolution einzubinden. Natürlich standen auch die Frauenkämpferinnen bereits auf der Bühne des Weltgeschehens.

(agfk) 1920 standen die Zeichen noch auf Zuversicht. Die Kommunistischen Parteien Europas bereiteten die Revolutionen in ihren Ländern vor, insbesondere in Deutschland und Italien. Doch das zeitliche Opportunitätsfenster begann sich schnell wieder zu schliessen. Die Vorhersage des Vorsitzenden der III. Kommunistischen Internationale (Komintern), Zinow'ev, in einem Jahr sei ganz Europa kommunistisch, hatte sich nicht erfüllt. Die Strategie der Komintern musste neu justiert und mit einer Ostfront der Weltrevolution erweitert und angepasst werden. Während die europäischen Revolutionen auf sich warten liessen, waren antikoloniale und nationale Unabhängigkeitsbewegungen in der Türkei, im Iran, in Indien, China und vielen anderen Ländern erwacht. Um für ihren Kampf Unterstützung zu erhalten, waren Delegierte aus den kolonial unterdrückten Ländern in Asien und Lateinamerika nach Moskau gekommen. Wie antiimperialistische Revolution und nationale Befreiung zu verschränken waren, wurde am 2. Weltkongress heiss debattiert. Wer waren die revolutionären Kräfte, wenn es noch kein Proletariat gab? Wie liess sich die Befreiung der Frauen «des Ostens» mit der Unantastbarkeit von Glaube, Sitte und nationalen und kulturellen Institutionen der «werk tätigen Muslime Russlands und des Ostens» in Einklang bringen?

## Konferenz in Baku

Für den Kampf gegen den Imperialismus hatten die Bolschewiki einen Appell an die «Arbeiter und Bauern des Nahen Ostens» per Radio ausgesendet. Sie riefen zu einem antiimperialistischen Kongress in Baku auf. Baku war nicht zufällig ausgewählt worden. Im April des Jahres 1920 hatte die Rote Armee die ausländischen Truppen aus Aserbaidschan vertrieben (Briten, US-Amerikaner) und die kaukasische Stadt zur Hauptstadt der Aserbaidschani-schen Sozialistischen Sowjetrepublik deklariert. Sie besass als einzige in der Gegend eine bedeutende Arbeiterschaft mit revolutionärer Erfahrung und bildete gleichzeitig ein Tor zum Islam und – im weitesten Sinne – zum «Osten», lag sie doch am Schnittpunkt zwischen Zentralasien und dem Mittleren Osten. In diesem globalen Moment nach dem Ersten imperialistischen Krieg schickten sich die Kolonialmächte an, die «Reste» der Welt aufzuteilen.

Es kamen rund 2000 Delegierte, die 37 Nationalitäten repräsentierten. Mit nur 55 weiblichen Delegierten war das Geschlechterverhältnis höchst unausgeglich. Die Mehrheit der Delegierten kam aus dem Kaukasus und Zentralasien, aus der Türkei und Persien sowie der arabischen Welt. 14 Personen vertraten Indien und 8 China. Die Delegationen waren heterogen, zusammengesetzt aus Kommunisten, Anarchisten und radikalen Nationalisten verschiedenster Couleur. In jener Phase der Neuaufteilung des Nahen Ostens durch die Kolonialmächte versuchten die Bolschewiki den aufflammenden, antikolonial-islamischen Nationalismus zur Stärkung ihrer eigenen Kräfte zu nutzen. Selbst der für ein neues Kalifat agitierende Enver Pascha war eingeladen worden, ein Auftritt am Kongress wurde ihm jedoch schliesslich untersagt.



Die türkische Genossin Nagiya Hanum während ihrer Rede vor dem Plenum des Kongresses von Baku.



Bibinur und die erst 19-jährige Chaver Sabanova auf der Tribüne mit dem Präsidium. Sabanova, die nach einer medizinischen Ausbildung bereits in jungen Jahren eine imposante politisch-militärische Erfahrung vorweisen konnte, war mit 17 der Partei beigetreten, hatte in der Roten Armee gedient und organisierte seit 1920 revolutionäre Frauen in Aserbaidschan.

Angesichts der Vielfalt der repräsentierten Nationen, Ethnien und somit auch Sprachen hatten die Organisatoren ein vielfaches Problem. Die Reden wurden in verschiedenen Sprachen gehalten, die unmöglich alle übersetzt werden konnten. Ausserdem wurde am Kongress sehr bald offensichtlich, dass die Kommunikation über kulturelle Differenzen hinweg schwierig war. Der Kongress liess zwar der Vorstellung Raum, dass es möglich sei, gleichzeitig Bolschewik und Moslem zu sein. So rekurrierte Zinow'ev beispielsweise auf die Sprache des Islams, als er einen «heiligen Krieg gegen den britischen Imperialismus» heraufbeschwor. Auf die Dauer ergaben sich jedoch zwangsläufig Widersprüche zwischen der säkular ausgerichteten Weltsicht der Kommunist\_innen einerseits, den religiösen Traditionen und Sitten und den nationalen und kulturellen Institutionen der muslimischen Völker andererseits. So heisst es in einem Bericht des britischen Geheimdienstes: «Es wurden zahlreiche heftige Reden gehalten. Doch der Gesamteindruck war in vielen Fällen dadurch verdorben, als zahlreiche muslimische Vertreter den Saal verliessen, um ihre Gebete zu sprechen.»

## Die weibliche Emanzipation ist Programm

Besonders offensichtlich waren die Spannungen in der Frauenfrage. Das obschon sich in der islamischen Welt in einzelnen Gegenden eine muslimische Frauenbewegung zu entfalten begonnen hatte und eine Reformbewegung existierte, für welche die Frauenemanzipation zur angestrebten Modernisierung gehörte. In der Komintern zählte die weibliche Emanzipation zu den allgemeinen programmatischen Prinzipien, die niemand bestritt und die damals noch aktiv politisch gefördert wurden.

In Baku zeigte sich diese emanzipatorische Absicht der Kominternführer in der Wahl dreier Frauen ins Kongresspräsidium und der paritätischen Besetzung des Vorsitzes mit je zwei Frauen und zwei Männern, was offenbar unter den Delegierten nicht ganz ohne Protest abließ. Zwei Frauen sprachen zudem vor dem Plenum. Die türkische Frauenkämpferin Nagiya Hanum warnte die Delegierten, dass es für ihr Land keine Befreiung, sondern nur dessen Untergang geben werde, wenn sie, «die Männer des Ostens», weiterhin gegenüber dem Schicksal der Frauen indifferent blieben. Sie präsentierte ein Fünf-Punkte-Programm, das von der Rechtsgleichheit bis zur Schaffung von lokalen Komitees für die Rechte der Frauen über gleichen Zugang zu Ausbildung und Staatsstellen und die vollständige Abschaffung der Polygamie reichte. Laut Protokoll erhielt sie viel Applaus. Die nach ihr in Türk sprechende Bibinur aus Turkestan (heute Kasachstan) klagte das Eingesperrt-Sein der muslimischen Frauen an, denn «wir Frauen des Ostens werden noch zehn Mal mehr ausgebeutet als die Männer». Die beiden Frauen machten durch ihre Erklärungen deutlich, dass Frauenrechte eigenständige Rechte waren. Indem der Kommunismus diese anerkannte, hatte er in den Frauenbewegungen neue Verbündete gefunden. In den Worten Hanums: «Durch ihre Anerkennung, dass wir die gleichen Rechte haben, haben die Kommunisten uns die Hand gereicht. Wir Frauen werden uns als die loyalsten unter allen Genossen erweisen.»

## «... die erste Internationale, die die ganze Menschheit umfasst»

Die unmittelbaren politischen Erfolge des Kongresses von Baku blieben jedoch weit hinter den Erwartungen zurück, eine stabile Allianz mit den antibritischen Kräften der islamischen Welt kam nicht zustande. Etliche der zentralasiatischen moslemischen Leader fanden sich schon ein Jahr später auf der antibolschewistischen Seite wieder. Die von Zinow'ev und Radek in Baku verfolgte Politik der Öffnung gegenüber dem muslimischen Dschihad stiess auch in den eigenen Reihen auf Kritik. Die Anwesenheit von Enver Pascha, dem Schlächter der Armenier\_innen, wurde in den europäischen Parteien kritisiert. Die Schweizer Kommunistin Rosa Bloch beklagte sich bei Zinow'ev. Im selben Jahr musste er sich deswegen am Vereinigungskongress der deutschen Partei in Halle verteidigen. Es war nichts sozialistisches am Ruf zu einem «heiligen Krieg», bemerkte auch Louise Bryant, die Witwe von John Reed.

Gleichwohl dürfen die Wirkungen des Kongresses nicht unterschätzt werden, legte er doch den Grundstein für die Integration neuer Gruppen in den Kampf der Arbeiter\_innenbewegung. Durch den Kongress öffnete sich die Komintern, bisher auf die Kategorie der Klasse fokussiert, mehr auch gegenüber den Kategorien Geschlecht und «Rasse»/Ethnie und ihren Interaktionen. Und auch wenn die eingeräumte Rolle, die die Frauen am Kongress einnahmen eher voluntaristisch war, signalisierte die Komintern, wie viel Bedeutung sie der Emanzipation der Frauen aus traditional-patriarchalen Gesellschaften beimass. Die Komintern machte die Frauen zu Subjekten ihrer eigenen Befreiung. In ihrer Rede wies Clara Zetkin am 3. Weltkongress 1921 ihre Genoss\_innen auf diese weitreichende Dimension hin:

«Genossen, es ist vielleicht für einige unter ihnen verlockend, das Erscheinen von Delegationen aus dem Nahen und Fernen Osten nur aus einer ästhetischen Perspektive zu betrachten. Aber die weiblichen Delegierten personifizierten mehr als den exotischen, ungewöhnlichen und märchenhaften Charakter des Orients. Die Konferenz erlebte einen starken historischen Moment; dessen Bedeutung ist unvergesslich und unvergänglich. Denn was war die Bedeutung der Anwesenheit der weiblichen Delegation aus dem Osten? Sie zeigte uns, dass die Völker des Ostens am Erwachen sind und bereit, in den Kampf zu treten. ... Genossen, die Tatsache, dass diese Frauen aus dem Osten zu uns gekommen sind, zeigt die aussergewöhnlich weitreichende Bedeutung des revolutionären Kampfes der Dritten Internationale. Sie ist die erste und bis heute einzige Organisation, die die Hoffnung und das Vertrauen der Völker des Ostens weckt. Sie ist die erste Internationale, die die ganze Menschheit umfasst.»

Zinow'ev erweiterte daraufhin den Slogan des Kommunistischen Manifests zu: «Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!» Wie widersprüchlich und schwierig sich revolutionäre Prozesse gestalten, hat uns das letzte Jahrhundert vor Augen geführt, eine fortschreitende lineare Entwicklung gibt es leider nicht. Weltweit sind wir weit zurück geworfen worden. Nichtsdestotrotz – die Parole von gestern hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

Quelle: Brigitte Studer, Reisende der Weltrevolution



Kommunistische Militante der «Saur-Revolution» im April 1978, ein Begriff der DVPA, da die Machtübernahme im Monat des Stiers stattfand.

### Fortsetzung von Seite 1

1978 übernahm die revisionistische DVPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans) mit einem Staatsstreich die Macht im Lande und rief die «Demokratische Republik Afghanistan» aus. Diese orientierte sich an der Sowjetunion und wurde auch von derselben unterstützt. Sie startete einen radikalen Versuch, das unterentwickelte Land mittels einer Bodenreform und weiterer Massnahmen zu einem modernen sozialistischen Staat zu entwickeln. Alphabetisierungskampagnen, Aufbau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Frauenrechten, Infrastrukturen und ökonomischer Aufbau wurden vorangetrieben. Dies führte dazu, dass die Teilhabe der Frauen im städtischen Alltag ganz real wurde: 70% der Lehrkräfte waren Frauen, 40% der Ärzteschaft und die Hälfte der Studierenden waren weiblich.

### Die Kriegsjahre

Gleichzeitig hatte die DVPA eine geringe politische Basis, besonders in ländlichen Gebieten. Patriarchale Strukturen, religiöser Fundamentalismus und Korruption verhinderten die Umsetzung vieler Gesetze. Die revisionistische DVPA versuchte, die Reformen mit Gewalt zu erzwingen. Ihre Abhängigkeit von sowjetischer Hilfe nahm zu, als die während der Bodenreform enteigneten Grossgrundbesitzer zusammen mit dem lokalen muslimischen Klerus zu bewaffnetem Widerstand gegen das neue Regime aufriefen. Als die Regierung gegenüber den konservativ-islamisch geprägten Kräften immer mehr in die Defensive geriet, marschierten sowjetische Truppen 1979 in Afghanistan ein. Die islamistischen Gruppierungen, die daraufhin einen mehrjährigen Krieg gegen die Regierung und die sowjetischen Truppen führten, wurden von «Gotteskriegern» aus arabischen Ländern und vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt. Afghanistan geriet zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges, im Konflikt zwischen den von der Sowjetunion und den USA dominierten Machtblöcken. Es gelang der SU jedoch nicht, den Widerstand der verschiedenen islamischen Mudschahedin zu brechen, die auch von Söldnern aus islamischen Ländern wie Saudi-Arabien und Pakistan verstärkt wurden. Die letzten sowjetischen Truppen verliessen 1989 das Land.

1992 wurde Kabul durch die Mudschahedin eingenommen und der «Islamische Staat Afghanistan» gegründet. Danach kam es zu zahlreichen Kämpfen konkurrierender Mudschahedin in wechselnden Allianzen unter den neuen Warlords, die teilweise vom pakistanischen Geheimdienst ISI trainiert wurden. Hunderttausende Menschen starben in einem gnadenlosen, nicht enden wollenden Krieg.

Al Qaida und der 11. September sind ebenfalls Produkt dieser Entwicklungen. Die Geister, die der US-Imperialismus aufpöppelte, sind ihnen ganz gewaltig aus dem Ruder gelaufen. Und auch die darauf folgende «Operation Enduring Freedom» mit dem Einmarsch der US-Truppen in Afghanistan endete in einem Desaster. Hinterlassen haben sie ein zerstörtes, ausgeblutetes Land. Ein Land, welches für alle die Hölle ist, am allermeisten für Mädchen und Frauen.

### «Unstoppable Women»

Doch die Widerstandsfähigkeit der afghanischen Frauen ist nicht zu brechen. Die Revolutionäre Vereinigung der Afghanischen Frauen (RAWA) formierte sich bereits 1977. Sie kämpfen gegen den religiösen Fundamentalismus, für

soziale Gerechtigkeit und Freiheit, für Frauenrechte und einen säkularen, demokratischen Staat. Meena Keshwar Kamal, eine der Gründerinnen, wurde 1987 von den Taliban ermordet. Am 8. März 2022 veröffentlichte RAWA einen leidenschaftlichen Schlachtruf gegen den US- und NATO-Imperialismus, der ihr Land zerstört und eine «Steinzeit-Regierung» hinterlassen hat, die diese selbst gezüchtet hat.

«Unaufhaltsame Frauen» lautet der Titel einer Broschüre über die afghanische Frauenbewegung, die UN Women zum 8. März dieses Jahres veröffentlicht hat. Sie beinhaltet Interviews mit Vertreterinnen der demokratischen Bewegung, die das kraftvolle Eintreten afghanischer Frauen für ihre Rechte und ihren beeindruckenden Widerstand verdeutlichen. «Wir haben den Widerstand von unseren Müttern und ihren Grossmüttern gelernt, von denen einige 1919 das Wahlrecht erlangten, ein Jahr vor den Frauen in den USA. Dieser Widerstand ist Teil unserer Geschichte.» Wie Habiba Sarabi, die erste afghanische Gouverneurin, sagt. «Die afghanischen Frauen haben diese Position nicht einfach so erreicht. Egal, wie sehr sie zu Boden fallen, sie lernen, wie sie wieder aufstehen können. Wieder aufzustehen, ist eine Eigenschaft der afghanischen Frauen.»

Eine tabubrechende Kampagne stellt die Frage #WhereIsMyName? Diese fordert die Anerkennung der Identität von Frauen in der Gesellschaft und bricht mit der Tradition, dass die Namen von Frauen in der Öffentlichkeit nirgendwo erwähnt werden, von den Geburtsurkunden bis zu den Grabsteinen. Frauen sind buchstäblich inexistent. Die Frauen verteidigen damit das Recht auf eine Identität, welche nicht von einem männlichen Verwandten definiert wird. Lalah Osmany, eine der



Medizinstudentinnen an der Universität Kabul im Gespräch mit ihrer Professorin, 70er Jahre.

Gründerinnen der Kampagne sagt: «Es wurde zu einer Bewegung in den sozialen Medien. So viele Männer begannen, das Bild ihrer Mutter auf ihren Social-Media-Account zu stellen und zu sagen «Das ist meine Mutter. Das ist ihr Name, ich möchte anerkennen, dass sie eine Identität hat, auf die ich sehr stolz bin». Naheed Farid, die damals jüngste Abgeordnete des Parlaments, sagt: «In nur einer Woche machte diese Kampagne erfolgreich Schlagzeilen in nationalen und internationalen Medien. Die afghanischen Frauen begannen, sich ihr erstes Recht zu erkämpfen: ihre Identität. Wir haben gezeigt, dass wir existieren und atmen.»

Andere Formen des Widerstandes sind, dass Frauen sich den bewaffneten Taliban auf der Strasse entgegen stellen. Sie versuchen die Soldaten davon zu überzeugen, dass Frauen gleichwertige Menschen sind. «Wenn man auf die Strasse geht und seine Rechte einfordert, ist es, als würde man auf ein Schlachtfeld an die Front gehen», sagt Nazia. «Wir stehen den Soldaten der De-facto-Behörde gegenüber, sie sind wirklich gefährlich, aber wir treffen uns immer wieder mit ihnen, denn wir fordern Rechte für alle Frauen. Es ist ein Spiel mit dem Feuer. Eines Tages werden wir getötet oder verhaftet werden, aber trotzdem versuchen wir es immer wieder.»

Weiter bilden sie Netzwerke für verdeckte Schulklassen für Mädchen, gründen alternative Bildungsorganisationen, oder ökonomische Unternehmen. Sie tauschen Geschichten und Kunst online aus, vernetzen die Bewegungen im ganzen Land. Und mit dem Slogan «Brot, Arbeit, Freiheit» verteidigen die Frauen ihre Unabhängigkeit und ihre Handlungsfähigkeit, die mit den Taliban zunichte gemacht wurden.

Die Frauen im Exil besetzen Plätze vor dem UN-Sicherheitsrat mit der Forderung, in Verhandlungen miteinbezogen zu werden. Sie fordern, die geschlechtsspezifische Apartheid der Taliban als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu denunzieren. Die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft bedeute, die Taliban-Herrschaft zu normalisieren und die afghanischen Frauen zu vergessen. Gegen das Vergessen kämpften auch afghanische Sportlerinnen an der Olympiade in Paris, z.B. die 100m-Läuferin Kimia Yousofi oder die Break-Dancerin Talash. Mit Plakaten und Capes denunzierten sie die Taliban. «Stop killing Afghan Women», «Education is our Right» und «Free Afghan Women» rufen sie der Welt zu und fordern Solidarität und internationales Handeln. Dies ist in der Tat bitter nötig.

## KOMMENTAR

### Sozialismus oder Barbarei

Die westlichen imperialistischen Länder geben sich gerne als den zivilisierten, fortschrittlichen Teil der Menschheit aus, erheben sich über «Patriarchen im Osten» und «Barbaren im Süden», über «rückständige Völker», denen man demokratische, humanistische Werte und politische und ökonomische Entwicklung bringen muss. Doch es sind ebendiese «Demokratien», die den Nahen und Mittleren Osten ins Chaos gestürzt haben, die selbst oder über Vasallen all die Kriege angezettelt haben, in Irak, Syrien, Afghanistan, Lybien, Kurdistan, Palästina, Libanon, Jemen, Äthiopien, Sudan, Somalia etc., die weltweit mit verschiedenen Strategien die eigenen Profitinteressen verfolgen.

Es sind ebendiese «Demokratien» die verantwortlich sind für die Klimakatastrophe, die verheerenden Waldbrände in Kanada und Hawaii, die Überschwemmungen in Asien, die Trinkwasserknappheit in Afrika und Lateinamerika, die verheerenden Stürme in den USA. Der Kapitalismus in seiner dekadenten Phase, die global agierenden Konzerne mit ihrer «nach mir die Sintflut»-Strategie, haben uns nichts anderes mehr zu bieten als Zerstörung und Krieg.

Für ihre Feldzüge zur Plünderung der Welt haben es die Herrschenden schon immer verstanden, Religionen für ihre Interessen zu nutzen. Mit der Politisierung von Religionen werden die reaktionärsten Ideologien und Fundamentalismen geschürt, sei dies im Christentum, im Islam oder im Hinduismus. Die erzreaktionären Regierungen im Iran und Afghanistan sind das Resultat einer giftigen Verstrickung von patriarchalen, halbfeudalen, religiösen Strukturen und imperialistischer Einmischung mit Folter und Totschlag gegenüber revolutionären Kräften. Doch diese lassen sich nicht totschiessen, sie werden durch die immensen Widersprüche des Imperialismus immer wieder aufs Neue belebt.

Vor dem Hintergrund der massgeblich auch von Frauen und LGBTIQ-Personen getragenen Proteste im Iran unter der Parole «Frau, Leben, Freiheit», zeigt sich erneut die Bedeutung feministischer Kämpfe für gesellschaftliche Transformationsprozesse. Die Parole, die auch in anderen Ländern wie Afghanistan oder Rojava (und auch bei uns) erschallt, ist im Grunde eine eher demokratisch-bürgerliche Parole. Doch die Frauenmassen, die sie skandieren, interpretieren sie durchaus auch in einem radikalen Sinne. Denn die proletarischen Frauen und Queers aller Länder haben ein mehrfaches Interesse an der Revolution.

Die geschlechtsspezifische Apartheid – wie die afghanischen Kämpferinnen die Situation in ihrem Lande bezeichnen – ist ein mit faschistischen Methoden geführter Krieg gegen die Hälfte der Bevölkerung. Die afghanischen Frauen benötigen viel Kreativität und Mut um ihren Widerstand auf verschiedenen Ebenen zu führen. Sie rufen die Welt dazu auf, hinzuschauen, eine Taliban-Regierung nicht zu normalisieren, sich mit ihrem Kampf dagegen zu solidarisieren. Tatsächlich gilt es, das globale Chaos, den Hunger, all die Kriege und Klimakatastrophen, heisst, das herrschende System, nicht als normal hinzunehmen. Denn je länger je mehr zeigt sich die Dringlichkeit von Rosa Luxemburgs Parole – Sozialismus oder Barbarei.

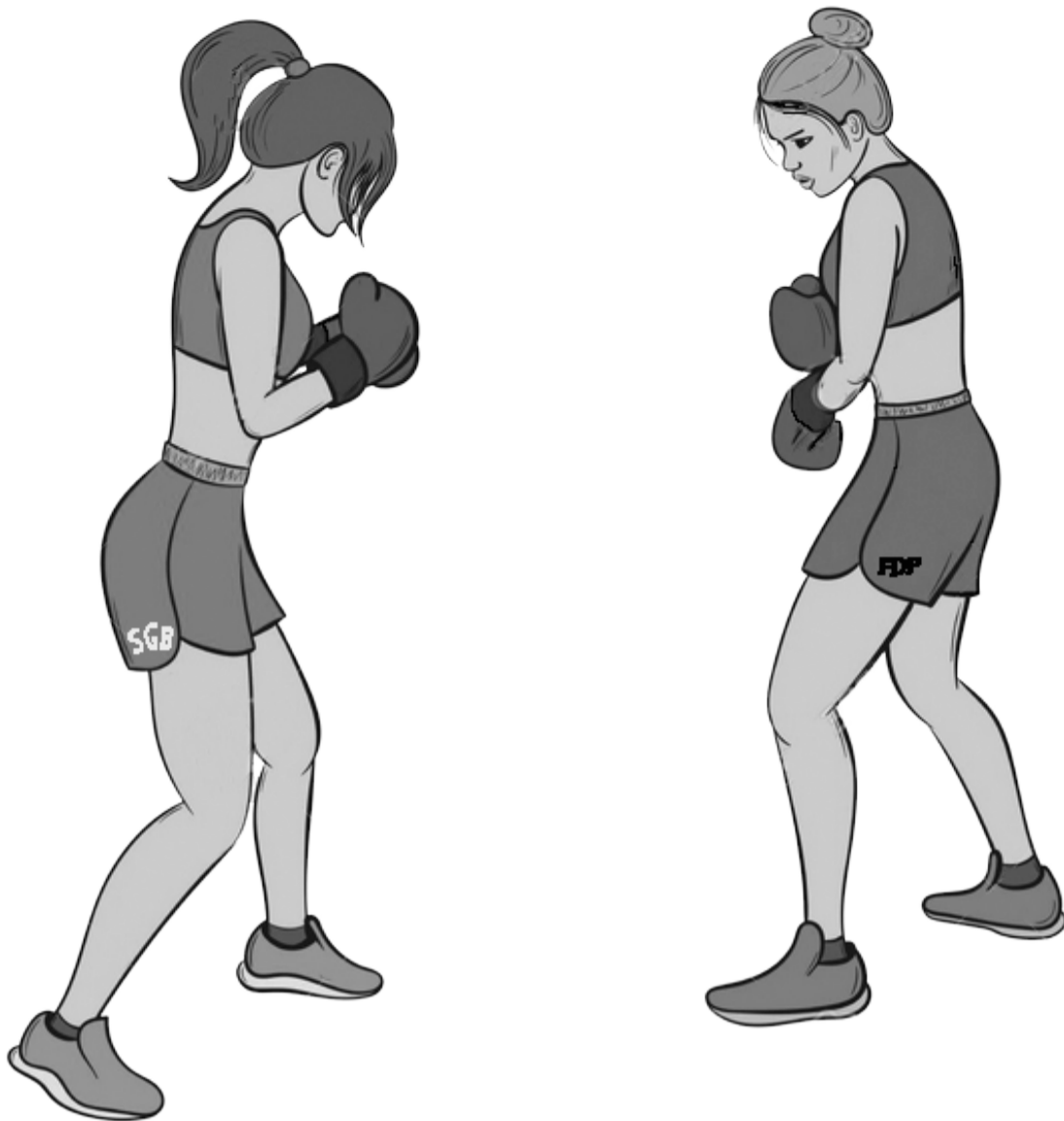
## Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet ([www.stadtfilter.ch](http://www.stadtfilter.ch)).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

[www.winterthur.aufbau.org](http://www.winterthur.aufbau.org)



Es geht zwar um alle Renten, aber die Diskussion wird sich erneut um die Renten der Frauen drehen, entsprechend schicken beide Seiten Frauen in den Kampf. Obwohl man weiss: Für höhere Renten sollte Lohngleichheit herrschen und Care-Arbeit abgedeckt sein.

## BVG

# Kampf um Altersvorsorge geht in die nächste Runde

**Es steht eine Reform der BVG an, oder auch nicht, je nach Ausgang an der Urne. Ein Blick ins Chaos der kapitalistischen Kapitalakkumulation, zu der Erwerbstätige in der Schweiz gezwungen sind.**

(az) So sicher wie das «Amen» in der Kirche kommt das Thema Altersvorsorge wieder und wieder zurück auf das politische Parkett, weshalb wir auch in diesem Herbst eine Kampagne zur Altersvorsorge miterleben werden. Wir werden Arenen auf SRF erleben, in denen sich FDP und Gewerkschaften gegenüberstehen und jeweils auseinandergehende Prognosen vorrechnen und darauf bestehen werden, die Altersvorsorge müsse «gerettet werden», so der Bürgerblock oder aber, ganz im Gegenteil, der Altersvorsorge gehe es ausgezeichnet, so die parlamentarische Linke.

Die grotesk fehlerhafte AHV-Rechnung des Bundesamtes, die saloppe vier Milliarden daneben liegt, belegt eindrücklich, wie unterschiedlich die Resultate ausfallen, je nach Parameter, die man für eine Rechnung anwendet. Dennoch wird die Schlacht um Zahlen weitergehen. Ärgerlicherweise kommt hinzu, dass es seit einigen Jahren im Trend ist, für die «Frauen» zu sprechen, für «Gleichberechtigung». Der parlamentarischen Linken wird dabei vorgeworfen werden, veraltete Rollenbilder zu pflegen und dem «Ernährermodell» anzuhängen, d.h. Vater arbeitet Vollzeit und Mutter Teilzeit. Der Vorwurf hat Hand und Fuss, allerdings entspringt diese Sicht auf die Gesellschaft der gesellschaftlichen Realität und nicht den Wünschen. Wer gegenwärtig sog. Frauenrenten verteidigen will, sieht sich mit dem hässlichen Antlitz der gesellschaftlichen Arbeitsteilung konfrontiert und die ist, dass nach wie vor viel mehr Frauen Gratis-Reproduktionsarbeit leisten. Entsprechend arbeiten sie phasenweise nicht bezahlt oder oft in Teilzeit, entsprechend fallen die Renten tiefer aus. (Und da ist die nach wie vor existierende Lohnungleichheit bei gleicher Arbeit noch nicht einmal mitgedacht.)

In diesem Herbst soll die BVG, aka Pensionskasse, aka zweite Säule «gerettet werden». Gegen diese müs-

sen marxistisch geschulte Linke ganz grundsätzliche Vorbehalte haben, da es sich um ein Modell der Kapitalakkumulation handelt. In den Abstimmungsunterlagen des Bundes steht banal: «Wegen tiefer Erträge an den Finanzmärkten und wegen der steigenden Lebenserwartung sind die Renten im sogenannten obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge nicht mehr ausreichend finanziert.» Das heisst in anderen Worten, dass es schwieriger geworden ist, Kapital rentabel anzulegen. Wasser auf unsere Mühlen! Eine unkomplizierte Lösung wäre es ja, kein Kapital zu akkumulieren und anzulegen, stattdessen die AHV auszubauen. Aber ernsthaft: Wir sprechen von einer Phase der Überakkumulation von Kapital, was nichts anderes heisst, als das zu viel Kapital auf der Suche nach Anlegemöglichkeiten ist und die Anlegemöglichkeiten zudem höchst unsympathisch sind. Das ist besonders störend, weil wir zu Mittäter\_innen gemacht werden, den Pensionskassen das Kapital zuschaukeln, mit dem sie spekulieren, die Märkte anheizen und beispielsweise damit die Gentrifizierung vorantreiben, um nur das offensichtlichste Beispiel zu nennen.

Wir können uns aber trotz der grundsätzlichen Vorbehalte nicht den Luxus leisten, die Diskussion vorne weg zu lassen. Da ja ein Grossteil der Erwerbstätigen in diesem System gefangen ist (die Pensionskasse ist ab einem jährlichen Einkommen über 25'725.- obligatorisch). Es geht bei dieser Sachfrage um die Löhne und Renten sehr vieler, also um die materielle Existenzgrundlage, die uns zu interessieren hat, ob wir das wollen oder nicht.

### Was wird reformiert?

Im Gegensatz zur AHV, die monatlich Geld von Erwerbstätigen erhält und dieses sofort an die gegebenen Rentner\_innen ausbezahlt (sog. Umlageverfahren), basiert die Pensionskasse auf einem individuellen Sparguthaben auf dem Konto einer Pensionskasse. Dieses Sparguthaben wächst bis zur Pensionierung stetig an, da wer arbeitet, Lohnabzug einbezahlt. Hinzu kommt der Arbeitgeberbeitrag, der gleich hoch ist wie der Lohnabzug. Dieses Sparguthaben wird von den Pensionskassen bis zur Pensionierung angelegt und verwaltet, man rechnet, dass pro

Konto jährlich 1'400.- Verwaltungskosten anfallen für die Vermögensverwaltung.

Sofern du zum Zeitpunkt deiner Pensionierung 100'000 Franken Guthaben auf deinem Pensionskassenkonto hast, erhältst du nach heutigem Recht pro Jahr mindestens 6.8% davon, in diesem Fall also 6'800.- Franken. Die kommende Abstimmung will diesen Mindestumwandlungssatz auf 6% senken. Im Rechenbeispiel resultiert aus der Senkung des Umwandlungssatzes also eine Rentenkürzung von 800.- Franken.

Die Sachfrage tönt einfacher als sie ist. In Tat und Wahrheit ist die BVG sehr unübersichtlich, alleine deshalb, weil es keine staatliche, zentrale Pensionskasse gibt, stattdessen 1'400 privat geführte Kassen. Diesen haben einen so grossen Spielraum, dass das Bundesamt keine Aussage machen kann, was in Folge der Reform passieren würde: Bundesrätin Baume-Schneider rät, man solle die Pensionskasse, bei der man versichert ist, fragen. Unter dem Strich sind Pensionskassen Wildwuchs des Kapitalismus.

Was das Rechnungsbeispiel aber sehr eindrücklich und unkompliziert zeigt, ist, dass man mit 100'000.- Franken auf jeden Fall nicht weit kommt. Mit einer jährlichen Rente von 6'800.- kann man sich gerade mal die Krankenkassenprämien leisten. Brave Bürger\_innen fordern deshalb, wer einen tiefen Lohn habe, müsse mehr Kapital akkumulieren. Mathematisch gesehen stimmt das zweifelsfrei, 6% von 200'000.- ergeben mehr als 6.8% von 100'000.-. Aber es bedeutet halt genauso zweifelsfrei weniger Lohn. Da mehr vom Lohn einbezahlt werden müsste, um mehr Kapital zu akkumulieren.

### Mehr Kapital ist das Ziel

Weil es das erklärte Ziel ist, höhere Guthaben zu erzeugen, sollen tiefe Löhne durch die Anpassung des Koordinationsabzugs dazu gezwungen werden, mehr in die BVG einzuzahlen. Der Koordinationsabzug ist heute fix auf 25'725.- festgelegt. Beispielsweise wer 40'000.- pro Jahr verdient, bezahlt auf die Differenz Lohnabzüge in die BVG ein, also auf 14'275.- Franken. Zukünftig sollen hingegen nur noch 20% des Lohns vor diesen BVG-Abzügen geschützt werden, im genannten Fall von 40'000.- wären in der Folge 8'000.- lohnabzugsfrei und auf 32'000.- wären Abzüge zu bezahlen.

Tiefe Löhne wären in der Folge noch tiefer. Das kann im Hier und Jetzt durchaus existenziell sein, eine Teilzeit-Pflegekraft, die vor dem Problem steht, einen Netto-Lohn von 3'000.- anstatt von 3'200.- zu bekommen, interessiert sich bestimmt mehr für das unmittelbare Bezahlen der Miete und weniger für die Höhe des Pensionskassenguthabens in dreissig Jahren. Ohnehin ist ganz und gar nicht sicher ist, welche Rente daraus resultieren wird, egal was jetzt versprochen wird.

Interessanterweise sind auch die Tieflohnbranchen wie die Gastronomie aus diesem Grund nicht begeistert von der Vorlage, nicht nur, weil es noch schwieriger sein wird, Personal zu rekrutieren, wenn die Löhne noch tiefer sind, sondern auch weil mehr Lohnabzug auch mehr Arbeitgeberbeitrag bedeutet. Die Ausgaben der Unternehmen für Löhne würden also bei Reallohnverlust für die Arbeitskraft beachtlich steigen, was eine sehr seltsame Ausgangslage darstellt.

### Wer will die Reform?

Es handelt sich also um eine sehr widersprüchliche Reform, bei der auch die Unternehmer aus unterschiedlichen Gründen nicht geschlossen sind. Dazu trägt auch die Vorgeschichte der Reform bei. Der Gewerkschaftsbund und der Arbeitgeberverband haben sich im Auftrag des damaligen Bundesrates Berset zu Verhandlungen getroffen und nach 18-monatiger Debatte auf eine Vorlage geeinigt, die dem Parlament vorgelegt wurde. Das Parlament hat die Vorlage dermassen zerpfückt, dass nun die Gewerkschaften in Opposition sind und der Arbeitgeberverband missmutig die Vorlage stützt. Die einzige Kapitalfraktion, die klar von der Reform profitieren würde, wären die Pensionskassen selbst, da sich für diese der Spielraum noch mehr erhöhen würde. Sie würden mehr Kapital erhalten und dürften kleinere Renten ausbezahlen.

Wie man es dreht und wendet, es profitiert, wer von Spekulation lebt, die tiefen Löhne hingegen - also jene, die dauernd als Argument für die Vorlage genannt werden, allen voran die in Teilzeit arbeitenden Frauen - hätten mit dieser Reform nichts gewonnen, ausser das Versprechen auf höhere Renten bei garantiert höherem Lohnabzug. Sie müssten für dieses Versprechen also einen sehr hohen Preis bezahlen, unglaublich viel Kapital auf ihren Pensionskassen akkumulieren, und wir wagen daran zu zweifeln, dass sich zum Zeitpunkt der Pensionierung das Versprechen realisieren würde. Sicher nicht bei der momentanen Frequenz von Abstimmungen zum Thema Altersvorsorge.



## SCHULE

# Dunkler Sarkasmus im Schulzimmer

Der Institution Schule fallen im bürgerlichen Staat eine Vielzahl von Aufgaben zu. Gemeinhin als Vermittlerin von Bildung gesehen, wirkt sie weit darüber hinaus. Die Schule erzieht zur Konformität und transportiert die herrschende Ideologie: Sie ist ein ideologischer Staatsapparat zur Sicherung der bürgerlichen Herrschaft.

(agkkz) Die Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats ist zentraler Pfeiler der kapitalistischen Gesellschaft. Um diese Ausbeutung auch in Zukunft sicherstellen zu können, muss die Arbeitskraft «reproduziert» werden. Das heisst, das kapitalistische System muss dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft Proletarier\_innen die Hebel in den Werkstätten in Bewegung versetzen. Um in die Produktion eingebunden werden zu können, müssen der Bevölkerung gewisse Qualifikationen vermittelt werden. Es liegt also nahe, dass der kapitalistische Staat ein Interesse an der Förderung der Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten seiner Bürger\_innen hat und zu diesem Zweck die Institution Schule hervorbringt. Der französische Philosoph Louis Althusser schlägt vor, dass nicht alleine die Weitergabe von Qualifikationen (Lesen, Schreiben, Rechnen, etc.), sondern auch die «Unterwerfung unter die Regeln der bestehenden Ordnung» Teil der Reproduktion der Arbeitskraft ist. Weiter identifiziert Althusser die Schule als Instrument der Reproduktion der Arbeitskraft, also als den Ort, an dem, neben dem ABC und dem Einmaleins, auch die bürgerliche Ideologie vermittelt wird. In diesem Sinne ist die Schule also keine neutrale Instanz, sondern Produkt eines konkreten historischen Abschnitts, oder: Die Schule ist Teil des ideologischen Überbaus der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Feststellung steht im Widerspruch zu dem vom kapitalistischen Staat vermittelten Narrativ, die Schule sei ein «neutraler», das heisst, von den Produktionsverhältnissen nicht beeinflusster, Ort. Als Revolutionär\_innen ist es an uns, den Schleier dieser «Neutralität» zu lüften.

## Neutral gibt es nicht

Gemäss bürgerlich idealistischer Darstellung ist die Schule primär Ort der Vermittlung von Bildung. Sie wird als neutral dargestellt und hat sich politisch nicht zu positionieren. Dieses «sich nicht positionieren sollen» geht gar so weit, dass die Rechtsabteilung der Zürcher Mittelschulen von dem Hissen der Pride-Fahne während des Monats Juni explizit abrät, mit dem Verweis auf das Bewahren der politischen Neutralität der Institution Schule. Auch wenn es so wäre, dass die Schule alleine Vermittlerin von Bildung wäre, wäre darin bereits der Transport einer Ideologie angelegt. Dies in der Entscheidung, sichergestellt durch den Lehrplan, welche Inhalte überhaupt vermittelt werden sollen. Am Beispiel des Schulsports lässt sich die ideologische Durchdringung des Fächerkanons einfach zeigen. Die zugrundeliegende Idee war einst, zusammen mit- und vorbereitend für die Rekrutenschule, das Sicherstellen der Wehrfähigkeit der männlichen Bevölkerung, also die militärischen Verteidigung des bürgerlichen Staates. Interessant ist hierbei auch, dass der Sportunterricht für Mädchen erst ab 1972 gesetzlich verankert wurde. Der Etablierung des Sportunterrichts an Schulen geht das materielle Bedürfnis des bürgerlichen Staates nach militärischer Macht vor. Selbstverständlich muss hier die Differenzierung angebracht werden, dass in Zeiten von «Bring your own Device» (Die Schüler\_innen verbringen die Schultage grösstenteils in den eigenen Laptop starrend) die Bewegung an der frischen Luft eine willkommene Abwechslung darstellt. Weiter sollen nicht jeder Fürsprecher\_in für den Schulsport faschistoide Motive unterstellt werden, es soll alleine die (historische) materielle Grundlage des Schulsports im bürgerlichen Staat festgestellt werden. Selbstverständlich hat sich die Schule seit den Leibesübungen zum Wohle der Landesverteidigung weiterentwickelt. Bildungsforscher\_innen, mit oft linksliberaler Gesinnung, arbeiten an den Hochschulen zu Themen wie Pädagogik und Didaktik und versuchen, die Schule an den Puls der Zeit anzuknüpfen. Es muss festgestellt werden, dass die Akademie, vom bürgerlichen Staat, wie alle seine Institutionen, gerne als «neutral» bezeichnet, selbstverständlich auch von der bürgerlichen Ideologie durchdrungen ist.

## Ideologische Nebelpetarden

Die Tatsache, dass neue Schulen im Kanton Zürich bezüglich der Anzahl Schüler\_innen bereits unterdimensioniert geplant werden, wird von der Theorie (der bürgerlichen Bildungsforschung) damit gerechtfertigt,



Was Schule sein könnte – Szene aus der Verfilmung von Tschinigis Aitmatows Roman «Der erste Lehrer».

dass «neue, vielfältige Lernlandschaften» geschaffen werden sollen, und es werden gerne progressive Töne vom «Unterricht jenseits des Schulzimmers» angeschlagen. Sofort denken wir an selig lächelnde Kinderchen, welche im schuleigenen Co-Working-Space zusammen an ihren Projekten arbeiten, kleine Start Ups gründen, oder auch mal eine App programmieren, beruhigt im Wissen, dass die Kleinen auf die Herausforderungen des zunehmend digitalen Arbeitsmarkts gut vorbereitet werden. Die Schule verändert sich nicht weil wir es möchten, es idealerweise kollektiv entscheiden, sondern weil es von den materiellen Bedingungen, in diesem Falle der Digitalisierung der Arbeitswelt, so diktiert wird. Die bürgerliche Theorie dient lediglich als ideologischer Kitt zwischen den materiellen Veränderungen und den entsprechenden Anpassungen des Schulalltags. Zurück zur unterdimensionierten Planung darf nicht vergessen werden, dass das Bereitstellen von neuem Schulraum, mit Blick auf die Entwicklung der Bodenpreise in den Schweizer Städten, ein sprichwörtliches Gewehr kostet. In diesem Sinne heisst «Unterricht jenseits des Schulzimmers» schlicht und einfach, dass, aus finanziellen Gründen, in künftigen Zürcher Mittelschulen nur zwei von drei Klassen tatsächlich ein Schulzimmer zur Verfügung haben werden. Die Austeritätspolitik des Kantons ist dahingehend eine weitere materielle Grundlage für den Charakter der Institution Schule.

## Zunehmende Prekarisierung

Die Entwicklung der Schule im bürgerlichen Staat wirkt sich direkt auf die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen aus. Im Bereich der Mittelschule zeigt sich zum einen eine stetige Zunahme der Klassengrössen. Während vor 15 Jahren Klassen mit mehr als 24 Schüler\_innen noch undenkbar waren, sind Klassen mit bis zu 30 Schüler\_innen mittlerweile zur Realität geworden. Das heisst: Wurden 60 Schulkinder vor nicht all zu langer Zeit auf drei Klassen aufgeteilt, füllen sie heute noch deren zwei. Eine entsprechende Zunahme der Vergütung von Lehrpersonen hat selbstverständlich nicht stattgefunden, sprich: Lohnkürzung um einen Drittel des ursprünglichen Zahltags. Dazu kommt, dass Lehrpersonen, anderen Berufsgruppen gleich, per digitalen Kommunikationswerkzeugen ständig erreichbar sein müssen und die Abgrenzung von Lohnarbeits- und Frei-

zeit zunehmend erodiert. Aufgrund dieser und weiterer Faktoren zeigt sich, besonders auf Primarstufe, ein Problem der Reproduktion des Berufsstandes; viele Stellen bleiben unbesetzt. Wird dann die bestehende Last auf weniger Schultern verteilt, reduziert sich Attraktivität des Berufs weiter. Die Lösung dieses Problems sieht der bürgerliche Staat in der Rekrutierung ungelernter Quereinsteiger\_innen. Das Signal ist klar: Die Arbeitsbedingungen sind prekär, aber: Im Prinzip kann ja jede/jeder den Job machen, also habt ihr euch nicht zu beschweren. Beschwert wird sich, zum Glück, natürlich trotzdem, wie die Gründung der Basisgruppe der kritischen Lehrpersonen (KRILP) schön zeigt. Auf Stufe der Mittelschullehrpersonen ist der Organisationsgrad tief. Da Mittelschullehrpersonen einen akademischen Abschluss vorweisen müssen, rekrutieren sie sich grösstenteils aus dem Bildungsbürgertum und bringen ein entsprechendes Bewusstsein mit, das sich durch eine hohe Identifikation mit den Institutionen des bürgerlichen Staates auszeichnet. Zudem entscheiden sich in der Tendenz Personen für den Beruf der Mittelschullehrperson, welche der Institution Schule wohlwollend gegenüberstehen. Dies führt zuweilen dazu, dass eine Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, dem grösseren Ganzen (der Schule) zuliebe, still ertragen wird, bzw. das sich Aufopfern für die im eigenen Weltbild so positiv konnotierte Institution teils sogar als moralische Voraussetzung für die Berufseignung gesehen wird. Dazu kommt, dass der Einstellungsprozess, in den Zürcher Mittelschulen beispielsweise, ein langwieriges und schwieriges Verfahren ist. Die Lehrpersonen sind erst einmal froh, überhaupt eine der raren Festanstellungen ergattert zu haben. Dies führt zu dem diffusen Gefühl, sich dankbar zeigen zu müssen, anstatt ab den Arbeitsbedingungen in Wut zu geraten.

## Gemeinsam nach Vorne

Ungeachtet der subjektiven Situation, welche uns leider all zu oft zu stummen Kompliz\_innen macht, ist uns allen gewiss, ob Lehrperson oder nicht, dass eine bessere Schule als die Bestehende möglich ist. Wie diese neue, bessere Schule aussehen mag, muss kollektiv, fernab von ökonomischen Zwängen, verhandelt werden. Einzige Bedingung für diese Schule der Zukunft ist, dass der bürgerliche Staat keine Zukunft hat.

LANDKARTEN

# Woher kommt dieser Winkel?

**Karten wirken auf den ersten Blick wissenschaftlich. Als wären Sie das Abbild der Wirklichkeit. Wir sollten sie jedoch kritisch hinterfragen und im jeweiligen Kontext betrachten.**

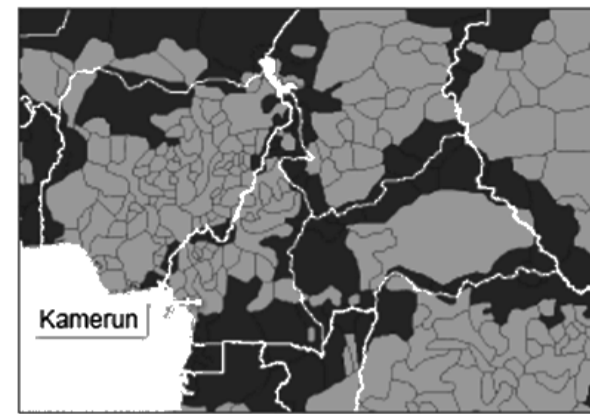
(agi) Im Schulunterricht werden uns Karten unreflektiert nähergebracht. Zwar wird die Entwicklung der eurozentrischen Weltsicht anhand einer Abfolge historischer Karten aufgezeigt. Wie zum Beispiel allmählich die Erkenntnis erlangt wurde, dass die Welt hinterm Horizont nicht zu Ende ist. Jedoch nicht darauf eingegangen wird, dass Karten nicht nur ein Zeugnis des Kenntnisstandes ihrer Zeit sind, vielmehr sind sie Ausdruck der herrschenden Machtverhältnisse und des Willens derer, die sie in Auftrag geben.

## Eine Geschichte von Macht

Mit der Entstehung der Menschheit sind auch die ersten Vorläufer von Karten entstanden. Diese wurden aber lange Zeit nicht überliefert, da sie nur in Sand gezeichnet oder mündlich weitergegeben wurden. Vor der Antike dienten Karten der Dokumentation von Siedlungen, wenn sie Wind und Wetter überleben konnten, können wir sie heute noch betrachten, was in wenigen Fällen aus der Urgeschichte der Fall ist. In der Antike haben die Griech\_innen ihre Reisen und Entdeckungen kartografiert, und somit ist die uns bekannte erste Weltkarte entstanden. Aus dem Römischen Reich ist vor allem eine Karte bekannt, nämlich eine, die das Strassennetz und die militärischen Stellungen darstellt. Ein erstes Indiz, dass Karten als Herrschaftsinstrument dienlich sind.

Das Mittelalter in Europa machte aus kartografischer Sicht Rückschritte. Die Traditionen der Antike wurden im arabischen Raum, in der sogenannten Blütezeit des Islam, weitergeführt. Die rege Seefahrt um 1500 machte es dann aber notwendig, die Kartografie vorwärtszubringen und in Wechselwirkung dazu entdeckten die Europäer\_innen nach und nach auch mehr der Welt. Die Lücken in den Karten konnten aufgefüllt werden. Wo vorher noch ein Fabelwesen im Meer gezeichnet war, konnten nun Teile von Asien, Amerika oder Afrika kartografiert werden. Mit dem Buchdruck konnten die Karten dann auch vervielfältigt werden und mussten nicht auf einer Schafshaut aufgezeichnet werden. Auf dem Land wurden umkämpfte Gebiete immer genauer kartografiert: Die erste Landkarte Ungarns lässt sich historisch einordnen mit einem Machtkonflikt zwischen den Habsburgern und dem Osmanischen Reich auf ungarischen Boden. Für den Handel waren genaue Strassenkarten unabdingbar. Stadtpläne, noch in der Vogelperspektive gezeichnet, entwickelten sich unter anderem, dass sich Händler\_innen in fremden Städten zurechtfinden konnten.

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich aus der Kartografie ein Gewerbe. Doch mit der Zeit wurde es für private Kartograf\_innen fast unmöglich immer aktuelle Karten anzubieten. Womit die Kartografie, sicher auch unter Druck des Militärs, zunehmend in staatliche Hand gelangte. Ende 18. Jahrhunderts entstanden erste Karten, wie wir sie heute kennen, die im 19. Jahrhundert weiterentwickelt wurden. In dieser Zeit zeigten sich in den Karten von privaten Herausgeber\_innen völkische, antisemitische und rassistische Ideologien wie bei Paul Langhans, einem deutschen Kartographen, der deutsche Kolonien dokumentierte und auch in der Darstellung des europäischen Raum seine Ideologien klar durchblicken liess. Im 20. Jahrhundert gab es Bestrebungen für eine internationale Weltkarte. Während der beiden Weltkriege hatten die Armeen der kriegsführenden Länder Bedürfnisse nach kartografischen Neuerungen, wobei es zu einigen Innovationen im kartografischen Bereich kam. So wurden mit der Entwicklung der Photographie Luftbilder geschossen, die dann kartografiert wurden. Mit der Digitalisierung wandelte sich die Kartographie von einer künstlerischen zu einer technischen Disziplin. Gleich-



Weiße Linien: Landesgrenzen (2015); dunkle Linien: Grenzen der Ethnien vor der Kolonisierung  
 ■ Durch Grenzen geteilte Volksgruppen

Diskrepanz zwischen den von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen und den ethnischen Gebieten.

zeitig entwickelte sich auch die Satelliten-Technik, und zusammen mit der Digitalisierung kommen wir zu der Art von Karten wie wir sie heute kennen, wobei da die Entwicklungen noch immer sehr rasant sind, am Beispiel Google Maps zu sehen.

## 3, 2, 1 ... meins

Ein schrecklich deutliches Beispiel zur Willkürlichkeit von Gebietsansprüchen und der Legitimation dieser durch Karten findet sich beim Blick auf aktuelle Karten von Westafrika. Während sich die meisten Grenzen auf dem europäischen Kontinent entlang von Gewässern oder Gebirgsketten mäandern<sup>1</sup>, erkennt man dort klare geometrische Formen wie rechte Winkel oder Parallelen. Diese künstlich gezogenen Grenzen sind ein Relikt der Kongokonferenz von 1884 - 1885 in Berlin. Dort trafen sich die imperialistischen Kolonialmächte, um den afrikanischen Kontinent unter sich aufzuteilen. Genauer gesagt wurden anhand riesiger Karten Gebietsansprüche ausgeknobelt und mit dem Lineal rücksichtslos Grenzen gezogen - ungeachtet geographischer oder ethnischer Realitäten. Auch bestehende politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge wurden ignoriert. Die aus der Kongoakte imaginierten Machtansprüche wurden in den folgenden Jahrzehnten unter unfassbarer Grausamkeit durchgesetzt und traumatisieren den Kontinent bis heute. In vielen Gebieten herrschen weiterhin blutige Bürgerkriege. Spanien wurde dabei neben einer kleinen Zone an der Strasse von Gibraltar das Gebiet der Westsahara zugesprochen.

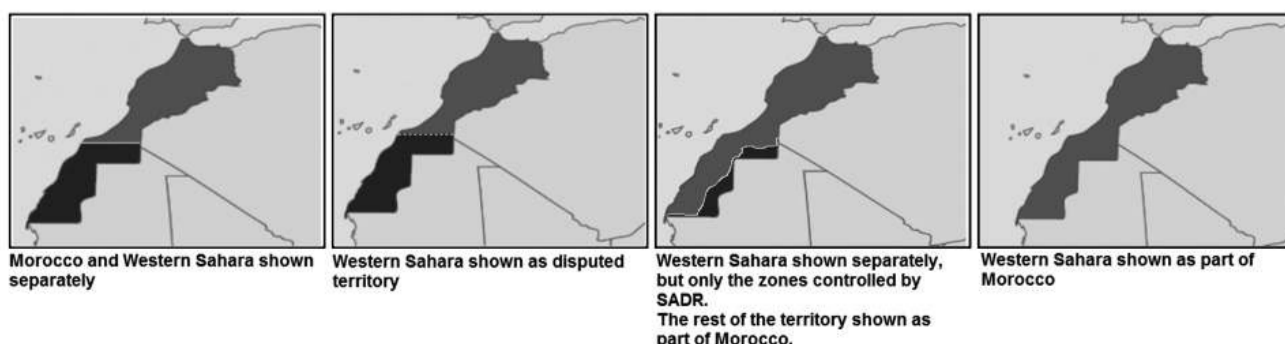
Durch mehrere Kriegen, in den Jahren 1893 und 1909, sowie einem Abkommen mit Frankreich 1912 hatte Spanien seine Kolonie Spanisch-Marokko blutig erobern können. 1921 begann dann ein weiterer Krieg mit dem Ziel, die Herrschaft auf alle bei der Kongokonferenz festgelegten Gebiete, also vor allem die heutige Westsahara, auszuweiten. Dabei kamen, unter anderem, Chemiewaffen zum Einsatz. Bis in die 1930er Jahre gab es einen erfolgreichen militanten Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Nachdem Marokko 1956 die Unabhängigkeit von Frankreich erreichte, erstarkte die Widerstandsbewegung gegen die spanische Besatzungsmacht. Anfang der 1970er Jahre forderte die UN den Rückzug von Spanien aus dem Gebiet, was dann 1976 kurz nach dem Tod von Franco auch komplett passierte. Inmitten dieses Prozesses gründete sich die Frente Polisario, aus dem Spanischen übersetzt die Volksfront zur Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro. Die sozialistisch ausgerichtete Organisation besteht bis heute und beteiligt sich am bewaffneten Kampf. Damals gegen

die spanischen Truppen, heute gegen Mauretanien und Marokko. Der Greater Morocco Plan wurde im Zuge der Dekolonialisierung der 1960er Jahre von marokkanischen Politikern entwickelt und seitdem als Begriff etabliert. Das Königreich soll dabei ausgedehnt werden auf angebliche historische Grenzen, die die komplette Westsahara, Mauretanien und Teile von Mali und Algerien enthalten. Die willkürliche Landnahme und Grenzziehung spiegeln sich sowohl in historischen als auch aktuellen Karten wieder.

## Besser zwei Mal hinschauen

Die kritische Kartografie beschäftigt sich mit diesem Widerspruch. Karten sind eben nicht objektiv. Auch wenn heutzutage die computergestützten Methoden mehr Objektivität versprechen, gibt es immer noch viele Faktoren, die beeinflussen, was gezeigt wird und was nicht. Auch beim grössten Kartenanbieter Google Maps darf das US-Militär fleissig zensieren. Die Idee der Dekonstruktion der Karte versteht die Karte nicht mehr als wissenschaftliches Produkt, sondern als kulturellen Text. Auch wenn es Regelwerke gibt, die grundlegend vorschreiben was wie dargestellt wird, bleibt immer noch viel Spielraum bei der Gestaltung einer Karte. Zum Beispiel in der Wahl des Abstraktionsgrades oder in der Priorisierung von Elementen anhand von Linienstärke oder farbigem Kontrast. Karten sind zwar ein geeignetes Medium, um Informationen zu sammeln und verständlich zu machen, die Fähigkeit zur Abbildung der Wirklichkeit ist aber trotzdem limitiert. Historische, soziale, ökonomische und kulturelle Faktoren beeinflussen die kartografischen Darstellungen. Die Karte ist also ein Zeugnis der jeweiligen Umstände. Auch wer die Karte in Auftrag gibt, ist entscheidend für das Verständnis ihres Inhalts. Denn Karten sind Ausdruck von Machtverhältnissen. Da es gar nicht möglich ist, alle Informationen auf einer Karte darzustellen, wird vereinfacht und es werden subjektive Entscheidungen getroffen, um einen gewünschten Ausdruck zu erzielen. Durch diese Generalisierung wird Macht nicht nur abgebildet, sondern wird grundlegend legitimiert und reproduziert und territoriale Ansprüche geltend gemacht. Somit funktioniert die Karte selbst als Repressionswerkzeug. Die Praxis der Konterkartierung hingegen ist ein Mittel des Widerstandes gegen hegemoniale Karten und zur Selbstermächtigung von unterdrückten Gruppen. Mithilfe des historischen Atlas der Maya, der 1997 publiziert wurde, konnten die Landrechte indigener Bevölkerungsgruppen aus Belize vor internationalen Gerichten bewiesen werden. Ein weiteres Beispiel der widerständigen Konterkartierung findet sich in der in Zürich erstellten Karte, die Überwachungskameras im öffentlichen Raum kartografiert. So konnte auf selbstorganisierte Art aufgezeigt werden, wie der öffentliche Raum zunehmend überwacht wird und der Gentrifizierung in die Hände spielt. Die Möglichkeit, Zusammenhänge durch die Kombination verschiedener Ebenen zu erreichen, haben wir alle, mit öffentlich zugänglichen Daten in GIS-System oder Diensten wie Openstreetmap.

1 Ein kurvenreiches, verschlungenes Muster aufweisen.



Vier Arten die Westsahara in Karten darzustellen



## Im Bild

### Lenin und Nadeschda Krupskaja mit Katze

Was hat es mit der Katze auf sich, dass sie dauernd verwendet wird? Symbol des wilden Streiks (wildcat-strike) dient sie der IWW als Logo, ist aber genauso beliebt bei Anarchist\_innen und Kommunist\_innen. Oder wenn autonome Kräfte Frauen aufrufen, Banden zu bilden, verwenden sie dafür das Bild einer Gruppe von Katzen. Katzen erfreuen sich grosser Beliebtheit, obwohl sie unterdurchschnittlich kollektiv sind. Die Vernunft würde eher die Metapher eines Wolfsrudels empfehlen, doch das würde als rechtslastig interpretiert werden. Also doch die Katze, die eindeutig für unsere Seite steht. Weshalb? Geschmeidig und dickköpfig, antiautoritär und selbstbezogen, in einem Moment schnurrend und dann zuschlagend. Wenige Tiere eignen sich weniger, doch ist es, wie es ist. Auch unter Materialist\_innen gibt es Irrationales. Zu seinem Lieblingshaustier hat wohl auch Lenin keine Theorie geliefert, das ist ein Widerspruch, mit dem sich leben lässt.

## KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

# Deepfake Pornografie: Misogynie in Zeiten von KI

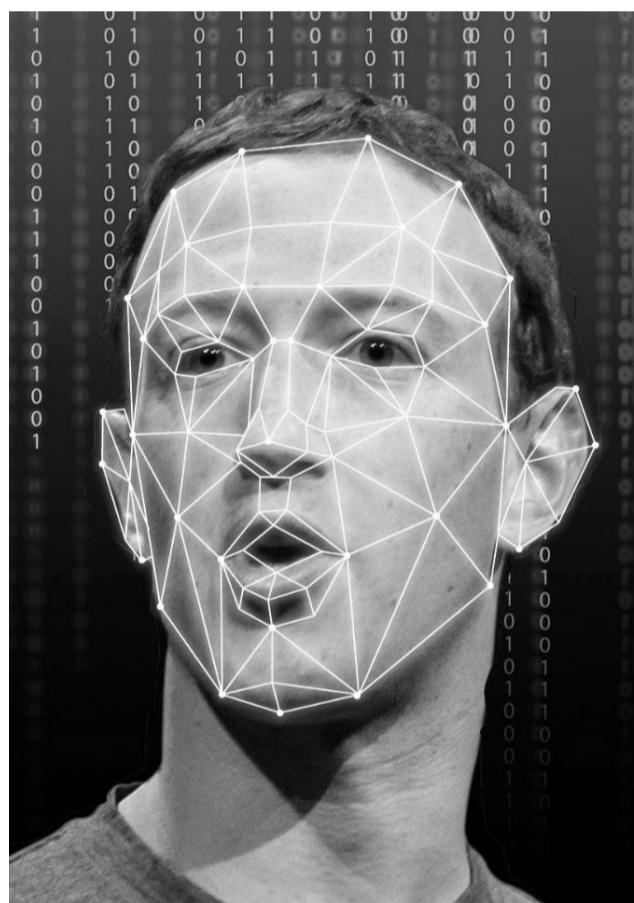
Mittels künstlicher Intelligenz werden Frauen vermehrt Opfer einer neuen Form bildbasierter Gewalt. Das Problem war absehbar – und wächst rasant. Eine Eindämmung und wirksame Bekämpfungsstrategien zeichnen sich bisweilen aber nicht ab.

(agfk) Die immer breitere und niederschwelligere Zugänglichkeit zu künstlicher Intelligenz (KI) hat – neben allen mitunter populären Schattenseiten – auch zu einer bisher kaum in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommenen Zunahme bildbasierter Gewalt geführt. Dabei hat sich diese Entwicklung bereits seit über einem Jahrzehnt abgezeichnet. Die Leidtragenden davon sind grossmehrheitlich Frauen und Mädchen.

**Revenge Porn**, auch als Rachepornografie bekannt, bezeichnet die unautorisierte Veröffentlichung intimer Bilder oder Videos einer anderen Person – grossmehrheitlich einer Frau. Diese Art der Gewalt wird zumeist von Männern verübt und beinhaltet nicht nur Nacktbilder, die ehemals konsensuell hergestellt wurden, sondern auch heimlich gedrehte Sexvideos oder Material aus versteckten Kameras. Schockierenderweise fallen darunter auch Vergewaltigungsfilme. Gerade durch die Verbreitung von Videos sexualisierter Gewalt erfahren die Opfer eine doppelte und oft endlose Demütigung. Künstliche Intelligenz und die damit einhergehenden technischen Möglichkeiten schaffen nun eine neue Dimension dieser Problematik: So ist es heute nicht mehr länger notwendig, in den Besitz demütigender oder privater Aufnahmen einer Person zu kommen, um solche zu verbreiten. Das Phänomen lässt sich unter dem Namen **deepfake Pornografie** zusammenfassen: Mithilfe künstlicher Intelligenz werden Gesichter, Stimmen oder mitunter auch Mimik und Gestik bekannter, aber zunehmend auch nicht öffentlich profilierter Frauen, in existierendes pornografisches Material integriert. Alles was es dafür braucht, ist die entsprechende Software und möglichst viel Bild-, idealerweise auch Filmmaterial des potentiellen Opfers. Für Laien sind **deepfake**-Bilder oder -Videos schwer als solche zu erkennen, was die Verbreitung weiter ankurbelt.

### Jede\_r kann Opfer werden

Obwohl es einfacher ist Deepfakes von öffentlich bekannten Personen zu erstellen, von denen bereits viele verschiedene Bild- und Videoaufnahmen im Internet aufrufbar sind, nehmen Täter auch erhebliche Mühen auf sich, um Material von nicht prominenten Frauen zu erlangen. Technische Mittel wie Minikameras (auch diese befinden sich übrigens auf dem Vormarsch und Opferhilfestellen schlagen seit Jahren deswegen Alarm), aber auch online oder analoges Stalking können dafür genutzt werden, in Minutenschnelle an genug Bildmaterial von einer Person zu kommen. Mit der fortschreitenden Verbesserung der Technologie wird es zukünftig auch immer einfacher werden, Deepfakes auch mit weniger vorhandenem Bild- bzw. Videomaterial zu erstellen. Hinzu kommt, dass sich mittlerweile auch niemand mehr mit der Verwendung von künstlicher Intelligenz auseinandersetzen, oder entsprechende Kenntnisse und Programme erwerben muss, um ein **deepfake** Pornovideo von jemandem erstellen zu lassen: Für einen Dokumentarfilm recherchierte die britische Regisseurin Sophie Compton zum Thema **deepfake** Aufnahmen und stiess innert kürzester Zeit auf unzählige Anbieter im Internet, die auf Be-



Für die Erstellung eines Deepfake wird das Gesicht der betroffenen Person quasi kartografiert. Je mehr Bilder oder Videos dafür zur Verfügung stehen, desto einfacher gestaltet sich das Ganze.

stellung hin personalisierte **deepfake** Videos für rund 30 Dollar anfertigen – und dabei keine Fragen stellen. Auftragsökonomie trifft auf technischen Fortschritt trifft auf Frauenhass.

### Kontrolle und Macht

Auch wenn die durch **Deepfake** viktimisierten Frauen nicht wirklich die abgebildeten sexuellen oder anderweitigen Handlungen ausführen, wie das bei revenge porn der Fall ist, so ist auch bei **deepfake** Pornografie das Ziel, durch Erstellung und Verbreitung die öffentliche Demütigung des Opfers. Eine Erstellung von **Deepfakes** ohne die explizite Einwilligung der abgebildeten Person steht in der Schweiz als Verletzung des Persönlichkeitsrechts zwar unter Strafe – doch nachzuweisen wer ein Video erstellt hat, ist dieses erst einmal im Internet, ist oftmals schier unmöglich. Und auch wenn der oder die Verantwortlichen ausfindig gemacht werden können, hört das Leiden der Betroffenen damit nicht auf: Sind solche Bilder oder Videos erst einmal im Netz, sind sie kaum von dort weg zu kriegen. Somit sind **Deepfakes**, genau wie Rache pornos, auch ein Druck- und Angstmittel gegenüber potenziellen Opfern. Gerade KI-generierte **deepfake**-Pornos können eingesetzt werden, um unliebsame, fremde oder bekannte Frauen – seien es Aktivist\_innen, Politiker\_innen oder Künstler\_innen – im Internet wie in der analogen Welt einzuschüchtern – und zum Schweigen zu bringen. Dafür reicht dann oftmals auch schon die Androhung ein solches Video zu erstellen. Es geht – wie so oft bei misogynen Gewalt – einmal mehr um Kontrolle und Macht. Zu all dieser Problematik hinzu kommen dann noch alle

anderen Möglichkeiten, die durch **Deepfakes** entstehen: Etwa die Erstellung kinderpornografischen Materials, durch die Verjüngung bestimmter Personen mittels KI, oder die Verwendung von im Internet kursierender und durch Eltern oder andere Verwandte leichtfertig geteilter Kinderbilder zur Erstellung von pornografischem Material. Zu letzterem Phänomen gibt es weltweit zwar erste Versuche von Erfassungen, noch fehlen aber konkrete Zahlen. Dennoch warnen Datenschützer\_innen und andere Expert\_innen bereits seit Jahren davor, Bilder von Kindern und minderjährigen Personen – oder generell Allen, die keinen informierten Konsens geben können – im Internet zu teilen, da auch ein vermeintlich privates Konto keine Garantie dafür darstellt, dass diese Bilder nicht mittels KI aufgearbeitet werden und auf einschlägigen Websites landen.

### Ein rapide wachsendes Problem

Während sich die parlamentarische Politik gerade auch in der Schweiz, die in Fragen neuer Technologien ohnehin oft hinterherhinkt, noch immer schwer damit tut, überhaupt Fälle von «traditioneller» Rache-Pornografie als solche zu benennen und zu erfassen, droht ihr die Problematik bildbasierter sexualisierter Gewalt mittels KI vollends zu entgleiten. Denn das Problem wächst rasant. Laut einer Studie der niederländischen Cybersicherheitsfirma Deeptrace sind weltweit bereits 96 Prozent aller Deepfakes pornografischer Natur, und in 99 von 100 Fällen sind Frauen die Opfer. Eine andere Studie der Cybersicherheitsfirma Home Security Heroes bestätigt diesen Trend: Die Anzahl von deepfake-Videos lag gemäss dieser Erfassung 2023 bei 95.820, was einem Anstieg von 550 Prozent seit 2019 entspricht. Auch hier waren 98 Prozent der Videos pornografischer Natur, und 99 Prozent der Opfer weiblich. Wenig ist bisher darüber bekannt, wie etwa LGBTIQ-Personen von den Phänomenen deepfake und revenge porn betroffen sind. Wenn wir jedoch aufgrund früherer Erfahrungen davon ausgehen, dass sich frauenfeindliche Phänomene zumeist auch in mindestens derselben Vehemenz – wenn nicht gar noch stärker – gegen Trans\*, oder nonbinäre Personen richten, dürfen wir annehmen, dass es sich auch hier nicht anders verhält. Diese Zahlen sind bemerkenswert. Und sie offenbaren eine traurige Wahrheit, über die in fortschrittsaffinen Techkreisen und Startups nur ungerne gesprochen wird: Der technische Fortschritt und die breite Verfügbarkeit künstlicher Intelligenz, von der wir in einer utopischen Gesellschaft alle profitieren könnten, wird ganz offenkundig von einer signifikanten Zahl der Nutzenden eben nicht für hehre Ziele eingesetzt, sondern für die Sexualisierung und Demütigung von Frauen. Zumindest in der Theorie würde KI zwar die Möglichkeit mit sich bringen, unsere Gesellschaft egalitärer zu machen, praktisch aber geschieht das Gegenteil. Die Rolle der Frau bleibt für diese Nutzer auch im digitalen Raum diejenige des degradierten und entmündigten Sexobjekts und die neuesten Technologien werden lediglich dazu verwendet, diese Gewissheit weiter zu zementieren. In unserem Kampf gegen die Ausbeutung in neuem Gewand, wie sie gerade mittels und begleitet von KI rasant vorangetrieben wird, müssen und dürfen wir uns also nicht nur auf ökonomische Kritik beschränken, sondern auch über alle anderen Gefahren aufklären, die KI mit ihrem Auswuchs deepfake für Frauen, LGBTIQ-Personen und andere Minderheiten mit sich bringt.

ÜBERWACHUNG

# Das neue Silicon Valley – und wie Europa davon profitiert

Israel hat mittlerweile die zweithöchste Dichte an High-Tech-Firmen weltweit, direkt hinter ihrem amerikanischen Vorbild. Dies hat Einfluss auf den Rest der Welt.

(agj) Vor einiger Zeit wurde bekannt, dass die Schwarz-Gruppe, zu welcher auch Lidl oder Kaufland gehören, die israelische Firma Xm Cyber für ca. 700 Mio. Euro gekauft haben und diese Produkte nun vor allem hier in Europa weiterverkaufen wollen. Die Software soll bestehende Sicherheitslücken in der Abwehr von Cyber-Attacken erkennen und entsprechende Verbesserungsvorschläge generieren. Laut der Schwarz-Gruppe würden sich die Schäden in Deutschland, welche durch Cyber-Attacken entstehen, mittlerweile auf über 200 Milliarden Euro belaufen – Für die Firma sei es, auch weil sie selbst ihr digitales Angebot stets erweitern um konkurrenzfähig zu bleiben, daher ein logischer Schritt in Cybertechnologie zu investieren.

Die Schwarz-Gruppe ist die grösste Einzelhändlerin europaweit, weltweit erreicht sie Platz vier. Sie erachtet den Kauf als Investition in die Zukunft, da auch sie ihre Sicherheit im IT-Bereich verbessern müssten.

## Technologie als Kerngeschäft

Wie bei den meisten israelischen It-Firmen und Start-ups gibt es auch hier eine Verbindung zwischen Staat und Kapital.

So ist der Mitgründer eben dieser Firma XM Cyber Tamir Pardo. Kein anderer also als der ehemalige Direktor des israelischen Geheimdienstes Mossad, welchen er von 2011-2015 geleitet hat. Das israelische Militär, die IDF, ist eine zentrale Institution in Israel. Über 5% des Bruttoinlandsproduktes von Israel wird für die Verteidigung des eigenen Landes, wie es Israel bezeichnet, ausgegeben. In Realität wird aber natürlich auch der Siedler-Kolonialismus und der Genozid am palästinensischen Volk damit finanziert. Im Vergleich: Die Nato fordert von ihren Mitgliedsstaaten eine jährliche Investition von 2% des BIP in die militärische Aufrüstung. So ist genug Geld und damit Anreiz geschaffen, dass im Bereich von Verteidigung und Technologie geforscht und entwickelt wird.

Israel weist die höchste Start-Up-Dichte pro Kopf weltweit auf. Cybersicherheit ist Teil des Lehrplans in den High-Schools von Israel.

Das ist kein Zufall. Die erste Universität in Israel war

das Technion, das israelische Institut für Technologie.

Auch Personen wie David Ben-Gurion, einer der Gründer und erster Ministerpräsident Israels, liessen damals schon verlauten, dass man sich nur verteidigen kann, wenn man hochspezialisierte und qualitativ hochwertige Produkte zur Verteidigung zur Verfügung hat. Dies insbesondere, weil Israel, verglichen mit den umliegenden Ländern, weder über Ressourcen wie eine grosse Armee, noch über eine gesicherte Finanzierung durch Ölexporte verfügte. An diesem Grundgedanken hat sich bisher nicht viel geändert, wobei Israel und die IDF über die letzten Jahrzehnte massenhaft Unterstützung von anderen imperialistischen Staaten erhalten haben.

Technologie und militärische Verteidigung oder Staat und Kapital sind also schon lange eine gewinnbringende Kombination in Israel, welche künftig wohl noch mehr Abnehmer hier in Europa sucht und finden wird.

In Start-Ups oder generell in die Technologiebranche zu investieren, sichert einem also längerfristig Rendite. So lässt sich in Israel auch beobachten, dass viele Menschen nach ihrer Karriere bei der IDF in der Privatwirtschaft einsteigen, hier speziell in der IT-Branche. Tamir Pardo ist hier kein Einzelfall. Dies lässt sich nur schon erkennen, wenn man sich auf der Website von XM Cyber umschaut und sich die Portfolios der Firmenspitze betrachtet. So haben von den elf Vorstandsmitgliedern acht in der IDF Karriere gemacht, fünf von ihnen waren zusätzlich im Nachrichtendienst tätig.

## Wirtschaft und Militär

Beispiele für Technologien, die in Israel zu Unterdrückung, oft des palästinensischen Volkes, aber auch zur Überwachung der israelischen Bevölkerung, verwendet werden, gibt es zuhauf. Zum Beispiel die Spionagesoftware Pegasus, die 2006 Bekanntheit erlangte. Die Software verschafft sich Zugriff auf alle Daten eines Mobiltelefons und versendet diese. Sie gilt als eine der stärksten je entwickelten Cyberwaffen. Verkauft und verwendet wurde sie von Staaten wie Israel, der BRD, Saudi-Arabien und natürlich auch der Schweiz. So wurde 2017 bekannt, dass das Fedpol, der Nachrichtendienst und das Militär die Berechtigung erhielten, diese Software zu nutzen. Die NSO Group, welche für Pegasus verantwortlich ist, wurde von Omri Lavie und Shalev Hulio gegründet. Beide sind Veteranen der "Unit 8200", der Cybereinheit des



Wo die Widersprüche zusammenfallen: Free Palestine Tag vor der neu eröffneten Lidl-Filiale beim Lochergut welche, ironischerweise, die neueste High-Tech-Überwachung nutzt.

IDF. Diese Einheit, die als israelisches Pendant zur amerikanischen NSA gilt, ist bekannt dafür, die palästinensische Bevölkerung zu überwachen und mit den erlangten Daten Personen zu erpressen. Diese Überwachung gilt zwei Gruppen von Personen: Die eine wird von Israel als Sicherheitsrisiko eingestuft und deshalb überwacht, die andere eignet sich einfach, potentiell erpresst zu werden. So werden beispielsweise Informationen über Schulden genutzt, um Personen im Austausch für Informationen die Tilgung jener anzubieten. Viele weitere Personen der "Unit 8200" gründeten nach ihrem Wechsel in die Privatwirtschaft Firmen wie Palo Alto Networks, Check Point Software Technologies oder Onavo. Dass Staat und Kapital Hand in Hand gehen, ist offensichtlich in den kapitalistischen Metropolen. In Israel speziell ist die enge Verbindung zwischen Militär und Privatwirtschaft. Für Israel bedeutet der gesicherte Export von Cyber-Technologie und künstlicher Intelligenz Profit, welche unter anderem genutzt wird für die Unterdrückung und Bekämpfung des palästinensischen Volkes. Da Israel grossen Wert darauf legt, dass IT-Themen bereits in der obligatorischen Schulzeit wie auch an den Universitäten einen sehr hohen Stellenwert haben, werden dadurch auch junge Menschen früh für diesen Bereich begeistert und spezialisiert. Kein Wunder also, wenn sie in der IDF dann Karriere in diesem Bereich machen und so massgebend dazu beitragen, dass die It-Technologie im israelischen Militär so weit vorge-schritten ist wie sonst kaum irgendwo. Dazu kommt natürlich, dass in Israel die Wehrpflicht besteht und junge Menschen so fast gezwungen sind, zumindest in dieser Zeit Software und Weiteres für das Militär zu entwickeln.

ARGENTINIEN

# Klassenkampf von oben rechts an allen Fronten

Die Argentinier\_innen wissen, wie man auf der Strasse kämpft und doch konnte der Präsident Javier Milei eine gekürzte Fassung des Gesetzespakets «Ley Bases» im Parlament durchbringen. Von der reaktionären Politik besonders betroffen sind die proletarischen Frauen.

(gpw) Lange wurde im Parlament um das Gesetzesvorhaben gefeilscht. Ende Juni wurde es nach hunderten Änderungsvorschlägen angenommen und dies wird weitreichende Konsequenzen haben: Während die Steuersätze für die Bourgeoisie gesenkt werden, müssen Arbeiter\_innen wieder Einkommenssteuern zahlen. Staatliche Firmen sollen privatisiert und multinationalen Konzernen mehr Gewinn versprochen werden. Hinzu kommt auch eine reaktionäre Arbeitsreform. Progressive Wissenschaftler\_innen sprechen von einem Paradigmenwechsel und einer drastischen Verschiebung des Machtmonopols zugunsten des privaten Sektors.

Gewisse Abstriche musste die Regierung dennoch hinnehmen: So ist nicht mehr geplant, die Fluggesellschaft, die Post und die öffentlich-rechtlichen Medien zu privatisieren. Ebenso wird vorerst auf eine Rentenreform verzichtet, die die informell Beschäftigten hart getroffen hätte und das sind beinahe 50 Prozent aller Werk-tätigen.

Dennoch schlägt die Reaktion durch. Arbeitgeber\_innen dürfen bis zu drei Arbeiter\_innen als Selbstständige beschäftigen. Sie stehen somit nicht mehr unter dem Schutz des Arbeitsvertragsgesetzes und geniessen weniger Arbeitsrechte als Festangestellte. Weiter kann die Teilnahme an Blockaden oder Besetzungen ein Kündigungsgrund werden und das Streikrecht im öffentlichen Dienst wird stark eingeschränkt. Hinzu sollen in den Bereichen Tourismus, Infrastruktur, Minen, Technik, Stahl, Energie, Öl und Gas internationales Kapital angelockt werden, dem kaum Beschränkungen auferlegt werden.



Massenproteste gegen Mileis reaktionäre Reformen.

Auch ideologisch greift Milei an: So besuchten mehrere Kongressabgeordnete seiner Partei verurteilte Verbrecher der zivil-militärischen Diktatur (1976 bis 1983) im Gefängnis. Ein Abgeordneter bezeichnete die Gefangenen als «Ex-Kombattanten gegen die marxistische Subversion im Dienste einer verfassungsmässigen Regierung.» Tatsächlich arbeiteten die Verurteilten für die Militärjunta, die sich an die Macht geputscht hatte. Die Aussagen zeigen, wie weit die Geschichtverzerrung des Regierungslagers inzwischen reicht und führt vor Augen, wie der Klassenkampf von oben rechts auf allen Ebenen geführt wird.

## Arm, ärmer argentinische Arbeiter\_innenklasse

Unterdessen befindet sich die Wirtschaft im freien Fall. Anfang August hatten die Supermärkte Umsatzeinbussen von durchschnittlich 21 Prozent zu verzeichnen. Die Schwächung der Kaufkraft wird primär durch Reallohnverlust verursacht. Linke Ökonom\_innen sprechen von einer verheerenden Situation als während der Coronapandemie oder der Staatspleite von 2001. Die Inflation befindet sich nach

wie vor bei über 250 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Doch damit nicht genug, die Erhöhung der regulierten Preise für den ÖV, für Benzin, Energie, Schul- und Mautgebühren zerstörten die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommenssektoren vollends. Wenn die Regierung behauptet, das Schlimmste sei vorbei, wird das wohl schlicht eine Lüge sein.

## Mannigfaltige Angriffe auf Frauen

Argentiniens Frauenbewegung ist kampferprobt und gehört zu den kraftvollsten Bewegungen weltweit. 2010 war Argentinien das erste Land Lateinamerikas, in dem die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt wurde. 2015 stiessen sie Massenproteste gegen Feminizide an. Mit der Parole «Ni una menos!» (Nicht eine weniger) gehen heute hunderttausende Frauen überall auf der Welt auf die Strasse. Seit fünf Jahren auch bei uns in der Schweiz. 2020 erkämpfte die sogenannte Marea verde (grüne Welle) das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Die fortschrittlichen Zeiten sind unter Milei vorbei. «Die Regierung [...] hat die Grausamkeit und den Hass zur Staatspolitik gemacht», betont eine Rednerin von Ni una Menos an einer Demonstration. Klassenkampf von oben funktioniert auch immer mittels Spaltung, da sind Frauen ein beliebtes Ziel. Den Kulturkampf gegen die «Gender-Ideologie», wie sie von Reaktionären oft genannt wird, hat unmittelbare Folgen: Die Zahl der Feminizide steigt wieder. Besondere Aufmerksamkeit erhielt ein Brandanschlag eines Mannes auf zwei lesbische Paare, bei dem drei der Frauen umkamen. Die Regierung wechselte vom Ignorieren des Falls hin zur Behandlung als normalen Mordfall.

Auch auf institutioneller Ebene macht Milei ernst. Bei Amtsantritt löste er das Ministerium für Frauen und Gendern auf und schaffte später die telefonische Beratung für bedrohte Frauen ab.

## AUFBAU GEGENMACHT

# Türkische Invasion in Südkurdistan

Am 15. Juni 2024 startete der faschistische türkische Staat eine neue Offensive in Südkurdistan (Autonome Region Kurdistan Nordirak). Dabei kann er sich auf alte und neue Verbündete genau so verlassen, wie auf den unermüdlichen Widerstand der Guerilla.

(gpw) Spätestens seit den Kommunalwahlen im März dieses Jahres gilt die Machtposition von Erdoğan und dem AKP/MHP-Regime als angekratzt. Während die Inflationskrise anhält, sucht der Machthaber nach Möglichkeiten, auf seinem angesägten Thron sitzen zu bleiben. Der Griff in seine Trickkiste ist nicht allzu tief und wird von den Mächtigen häufig benutzt: Aussenpolitische - oftmals kriegerische - Manöver, im Fall der Türkei der Kampf gegen die PKK, sollen vom innenpolitischen Desaster ablenken. Einmal mehr bedient sich Erdoğan dieser kriegerischen und damit einhergehend, moralischen Keule. Wenn das Vaterland in einem Krieg gegen einen äusseren Feind steht, hat das Volk den Mund zu halten und Missstände zu akzeptieren. Er würde auch gern als jener Präsident der Türkei in die Geschichte eingehen, welcher die seit 1984 anhaltende militärische Auseinandersetzung gegen die PKK gewinnt und mittels Besetzung kurdischer Gebiete die neosmanischen Ambitionen seiner Anhängerschaft verwirklicht. Ob Anektionen Puffer- oder Sicherheitszonen genannt werden, ist dabei nur Phrasendrescherei. Von Relevanz ist, dass der faschistische türkische Staat seinen Krieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung zunehmend auf fremdes Staatsterritorium ausweitet und in den lokalen Regierungen alte wie neue Verbündete findet, in einer geostrategisch komplexen und von den verschiedensten, auch hegemonialen Kräften sehr umkämpften Region.

## Der Barzanî-Clan öffnet die Tür

Zusätzlich zu den Luftangriffen mit Jets und Drohnen zielt der türkische Staat erneut auf die Besetzung der freien Berge Kurdistans ab. Über tausend Soldaten passierten die türkisch-irakische Grenze. Dass es sich dabei nicht nur um eine kleinere Operation handelt, zeigt sich an der Errichtung von Militärbasen, Checkpoints und Strassensperren rund um Dörfer und Städte und dadurch, dass auch über 300 Panzer jene Grenze passierten. Dass der Einsatz von Panzern aufgrund ihrer Schwerfälligkeit in den Guerillagebieten sichtlich ungeeignet ist, liegt auf der Hand. Offen unterstützt wird die Türkei dabei durch die vom Barzanî-Clan geführten Demokratischen Partei Kurdistans (PDK). Längst hat der türkische Geheimdienst (MIT) die Autonome Region im Nordirak infiltriert, geht in den PDK-Hauptquartieren ein und aus und tut, was er will.

Nun ändert die PDK das Vorgehen vom passiven Wegschauen hin zur aktiven Unterstützung. In politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu Ankara und nur dank blockierten Wahlen noch an der Macht, übt sich Mesûd Barzanî darin, was er am besten kann: In Unterwürfigkeit (normalerweise gegenüber hegemonialen Kräften) und der Marionettenrolle gegenüber Staatsoberhäuptern. Schon als der türkische Staat den Krieg gegen die kurdische Bewegung von den Bergen nach Rojava verschob, konnte er sich der Loyalität der PDK sicher sein. Von Beginn an war die Revolution in Rojava den Machthabern der PDK ein Dorn im Auge. So nahmen sie in der Embargopolitik gegenüber der Selbstverwaltung eine Vorreiterrolle ein. Die Revolution in Rojava sollte – so zumindest der Plan – durch Aushungern gestoppt werden, bevor sich die Idee innerhalb Kurdistans und damit auch im von Barzanî regierten Süden ausbreiten und seine Machtstrukturen gefährden konnte. Nun kollaborieren sie auch mit den Invasoren in Südkurdistan, indem sie ihre militärischen Basen zur Verfügung stellen und bei der Koordination von Drohnenangriffen oder Hinterhalte gegen die Guerilla mitwirken.

## Die irakische Zentralregierung bittet Platz zu nehmen

Auch mit der irakischen Zentralregierung werden seitens der Türkei neu fleissig Hände geschüttelt und Pläne geschmiedet. Was bereits im März dieses Jahres begann, entwickelt sich nun zu einer militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Anfang August fand sich dazu ein Gruselkabinett, bestehend aus Aussen- und Verteidigungsministern beider Länder, den Leitern der Geheimdienste sowie dem Innenminister der Kurdistan-Region des Irak und dem Chef der schiitischen Hashd al-Shaabi ein. Die neue Kooperationsbereitschaft entstammt nebst militärischen, auch wirtschaftlichen Interessen: Weit oben auf der Traktandenliste fand sich das Projekt «Iraqi Development Road», welches eine 1200 Kilometer lange Bahn- und Strassentrasse von der Grenze zur Türkei im Norden bis zum Persischen Golf im Süden umfasst. Weiter erhofft



Aktion der Luftverteidigungseinheit Dogan Zinar gegen einen türkischen Stützpunkt in Südkurdistan

sich der irakische Staat eine Lösung für die Beseitigung der Wasserknappheit. Da diese unter anderem das Resultat unzähliger Staudämme in der Türkei ist, welche sowohl Syrien, wie auch dem Irak den Hahn abdrehen, scheint dies ein durchaus realistischer Punkt zu sein. Doch das Treffen drehte sich auch massgeblich ums Militärische. Und da gibt sich Erdoğan mal wieder als ganz schlauer Fuchs, der durchaus weiss, wie er seine Interessen erreichen kann. Ähnlich wie beim Flüchtlingsdeal mit der EU oder der Aufnahme Schwedens in die NATO geht er in erpresserischer Manier vor. Der genaue Wortlaut der Treffen ist nicht bekannt. Daher bleibt ungeklärt, ob alleine die Tatsache, dass zumindest ein Teil der Development Road durch Guerillagebiete führen soll, ausreichte, um seine Interessen durchzusetzen. Fest steht, dass die irakische Regierung der Türkei grünes Licht für die Invasion im eigenen Staatsterritorium gegeben hat. Viel mehr noch: Die türkische Armee spricht mittlerweile davon, eine Pufferzone über 45 Kilometer im irakischen Gebiet einzurichten, und in Bagdad soll ein gemeinsames Operationszentrum von türkischen und irakischen Kräften entstehen. Der Kniefall der PDK und der irakischen Regierung erlaubt der türkischen Armee einen Strategiewechsel: Lange Zeit wurden sämtliche Angriffe über den Norden gestartet. Mit ihrer Ausbreitung in Südkurdistan versuchen sie nun, die Guerillagebiete Metîna, Zap und Avaşîn vom Süden her einzukesseln und einzelne Gebiete dadurch zu isolieren.

## Milizen folgen der Einladung

Nach mittlerweile zwei Monaten zeigt sich, was eigentlich immer passiert, wenn das türkische Militär zu einer Offensive in den Bergen mobilisiert. Per staatlichen Medien wird die Eroberung strategischer Gebiete und die Zerschlagung der Guerilla propagiert, Überlegenheit demonstriert und über eigene Verluste geschwiegen. Doch jedesmal gerät die türkische Armee in eine missliche Lage und lässt die Fallen der Guerilla zuschlagen: Das türkische Militär kennt sich in den angegriffenen Gebieten weder aus, noch ist es in der Lage, sich zu bewegen, sondern verharrt statisch vor Ort und macht sich so zum einfachen Ziel. Im Gegenzug gelingt es den Freund\*innen der HPG/YJA-Star durch die kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Strategie, die entsprechende Anpassung der Taktik und der technischen Mitteln, in die Offensive zu gehen. Neustes Beispiel ist die Eroberung des Luftraums. So gelingt es ihnen nicht nur, gegenerische Kampfdrohnen gezielt abzuschiessen, es werden Angriffe mit Sprengstoff beladenen, eigenen Drohnen geflogen. Allein der psychologische Faktor der verschiedenen entwickelten Angriffe – Sabotage, Sniper, mobile Einheiten und nun Drohnen – bewirkt beim Feind die permanente Angst, aus dem Nichts angegriffen zu werden und bricht jegliche Moral. Auch wenn für diese Operation das AKP/MHP-Regime die Propagandashow klein haltet, die Manipulation der Zahlen eigener Verluste bleibt Teil des Spezialkrieges. Dies, in dem bereits in den Verträgen der Soldaten festgehalten wird, dass über ihren Tod nicht öffentlich berichtet wird.

Weiter verstärkt sich die Armee durch Kanonenfutter, bestehend aus dschihadistischen Banden. In den besetzten Gebieten von Nordostsyrien (Efrîn, Girê Spî und Serê Kaniyê) rekrutiert der MIT Söldner aus Fraktionen der Syrischen Nationalarmee (SNA) und Überreste vom IS und al-Qaida. Und, gleich wie in den besetzten Gebieten in Rojava, ist auch in Südkurdistan der Türkische Staat fleissig daran, die entvölkerten Dörfer neu zu besiedeln, einerseits durch Angehörige der dschihadistischen Milizen, andererseits – soweit zumindest der Plan – durch jene der faschistischen MHP. Mit der Waffe des demografischen Wandels soll nicht nur die PKK besiegt, sondern die gesamte kurdische Kultur und Identität vernichtet werden. Doch dank dem Vertrauen in die Fähigkeiten der Guerilla und dem kurdischen Volk stimmen wir mit unseren Genoss\_innen der Widerstandsnetzwerk Schweiz überein wenn sie schreiben: «Nichts ist verloren und nichts wird jemals verloren sein. Die Frage, die sich uns allen stellen muss, ist also nicht die Frage von Sieg oder Niederlage, sondern die Frage, was wir zum Sieg beitragen können?»<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Aufruf «Lasst uns das Feuer des Widerstandes hier entzünden!» (widnet.org)



Mobile Guerilla-Einheiten im Kampf gegen die Invasoren

POSTKOLONIALISMUS

# Zur Verteidigung einer emanzipatorischen Politik: Postkolonialismus richtig kritisieren

Seit dem Beginn des Krieges in Gaza bekommt die Postkoloniale Theorie immense Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Von rechts wird sie angefeindet, von links oft verteidigt. Tatsächlich birgt die Postkoloniale Theorie einige problematische Annahmen, die einer emanzipatorischen Perspektive im Weg stehen.

In den Hetzartikeln der bürgerlichen Medien wird die Postkoloniale Theorie zwar breit diskutiert, ernsthaft mit ihr befasst wird sich allerdings kaum. Dies betrifft unter anderem den Antisemitismusvorwurf, der in diesem Artikel nicht diskutiert wird, da er schlicht keine Substanz hat. Ausserdem wurde die Bewaffung des Antisemitismusbegriffs im AUFBAU bereits ausgiebig und treffend diskutiert (AUFBAU 116). Auf der Strecke bleibt in den bürgerlichen Medien vor allem, was die Postkoloniale Theorie überhaupt ist und was sie ausmacht. Diese beiden Fragen sollen in diesem Artikel erläutert werden und in Hinblick auf einige populäre politische Konzepte der Postkolonialen Theorie aus einer marxistischen Perspektive diskutiert werden.

Ursprünglich aus den Literaturwissenschaften kommend, umfasst die Postkoloniale Theorie ein relativ undefiniertes und diverses Feld an in erster Linie akademischen Positionen, die sich seit den 1980er Jahren in fast allen Geisteswissenschaften und besonders in der Anthropologie, der Kulturanalyse und der Geschichtswissenschaft etablierten. Dabei versteht sich diese Strömung meist nicht nur als Wissenschaft über die koloniale Geschichte, sondern auch als radikale politische Intervention. Gleichsam muss betont werden, dass diese Strömung eher aus verschiedenen Orientierungen besteht und – oft auch im Selbstverständnis – nicht als einheitliche Theorie verstanden werden sollte. Gemeinsam ist ihnen allerdings die Forderung nach der Überarbeitung der Theorien des europäischen Denkens. Nicht-westliche Gesellschaften würden sich, so die Postkoloniale Theorie, nicht mit westlichen Theorien verstehen lassen und deshalb brauche es eine neue Theorie oder zumindest neue und andere Grundbegriffe. Insgesamt lassen sich drei Felder ausmachen, in denen die Postkoloniale Theorie problematische Thesen entwickelt, die zum einen falsch sind und zum anderen viel eher in marxistischen Begriffen erklärt werden können.

## Die Verklärung des westlichen Kapitalismus

Die konventionelle Geschichte zur Entstehung des Kapitalismus im Westen betrachtet die Revolutionen in England und Frankreich als Wendepunkte hin zu einer liberalen demokratischen Ordnung. In England und Frankreich habe eine liberale Bourgeoisie der alten Feudalordnung ein Ende bereitet und sich ganz uneigennützig den Idealen von Demokratie, Liberalismus, Staatsbürgerschaft und Trennung von Kirche und Staat verschrieben. Dafür habe die westliche Bourgeoisie über ihre Eigeninteressen hinaus mit den unterdrückten Klassen zusammengearbeitet. Tatsächlich ist diese Geschichte von der heilsbringenden Bourgeoisie eine grobe Verzerrung der Realität. Zwar spielte die Bourgeoisie in der Abschaffung der Feudalherrschaft eine entscheidende Rolle, allerdings hatte sie nie eine Demokratisierung der Gesellschaft im Sinn. Sie wusste schlicht die in Bewegung geratene Gesellschaft nicht anders zu befrieden als durch eine beschränkte (demokratische) Teilhabe in gewissen Bereichen.

Die Postkoloniale Theorie übernimmt nun diese liberale Verzerrung der Geschichte und unterzieht sie einem Vergleich mit dem indischen Kapitalismus. Dabei kommt sie zum Schluss, dass ein fundamentaler Unterschied in der Entstehung zwischen westlichem und östlichem Kapitalismus und vor allem im Charakter der westlichen und östlichen Bourgeoisien bestehe. Dieser Unterschied liege, so die Postkoloniale Theorie, vor allem an der Bourgeoisie im Osten, die im Gegensatz zu jener im Westen, keine Ambitionen gehabt habe, die Feudalherrschaft zu zerschlagen. Die Postkoloniale Theorie zieht daraus den Schluss, dass der westliche Kapitalismus im Unterschied zum Osten weitgehend ohne Zwang ausgekommen sei und die Bourgeoisie selbstlos die subalternen Klassen in die herrschende Ordnung integriert habe.

Postkolonialist\_innen überschätzen an dieser Stelle die europäischen Bourgeoisien aber gewaltig. Sie übernehmen eine liberale Erzählung, in der die Bourgeoisie als Heilsbringerin fungiert und unterschätzen den Einfluss der unterdrückten Klasse, die für ihre eigenen (demokratischen) Rechte kämpfte und bald von den europäischen Bourgeoisien entschlossen bekämpft wurde. Die Bourgeoisie war und ist nie ein Freund der Demokratie.



Im Zusammenhang mit der Palästina Solidaritätsbewegung ist auch die Postkoloniale Theorie ins Visier der Bürgerlichen geraten. NZZ, Tagesanzeiger und Konsorten hetzen was das Zeug hält.

Diese falsche Annahme klingt harmlos, ist aber durchaus weitreichend. Aus der These, dass der westliche Kapitalismus weitgehend ohne Zwang ausgekommen sei und auskäme, folgert die Postkoloniale Theorie, dass eine unübermittelbare Kluft zwischen östlichem und westlichem Kapitalismus existiere, die eben andere Begrifflichkeiten und Theorien nötig mache. Zwar gibt es Unterschiede in der Dynamik des Kapitalismus in West und Ost, doch sind diese nie so gross und grundlegend wie von der Postkolonialen Theorie angenommen. Zusätzlich romantisiert diese Version der Geschichte den westlichen Kapitalismus, der zweifellos grosses Leid verursachte. Nicht ohne Grund sagen wir, dass jedes Recht von den Massen erkämpft wurde. Die Postkoloniale Theorie sieht das wohl anders.

## Differenz und Universalismus

Die Postkoloniale Theorie besagt, dass der Kapitalismus in Ost und West grundsätzlich andere Machtverhältnisse erzeugt habe. Diese Kritik zielt auf die marxistische Annahme, dass im Kapitalismus die Tendenz liegt die ganze Welt anzugleichen – die Annahme also, dass sich der Kapitalismus auf die ganze Welt ausbreitet. Darin, dass der Kapitalismus nicht alles homogen gemacht habe im Osten, zeige sich, dass die Universalisierung des Kapitals nicht vollständig sei. Dabei liegt die Postkoloniale Theorie insofern falsch, als dass das Kapital nur diese Praktiken sich unterordnet, die für die Produktion und Reproduktion von Kapital nötig sind. Mit allen anderen Praktiken und Lebensbereichen ist das Kapital keineswegs unvereinbar. Das Kapital kann, wie immer offensichtlicher wird, unglaublich gut mit Differenz und Diversität umgehen. Oft findet das Kapital Diversität vor und intensiviert sie, zum Teil produziert es Differenz und oft steht es ihr gleichgültig gegenüber. Das Kapital muss sich nur jene Praktiken unterordnen, die seine Reproduktion betreffen. Den meisten Praktiken, die die Reproduktion des Kapitals nicht betreffen, steht der Kapitalismus aber gleichgültig gegenüber. Mit dem Marxismus und der universalisierenden Tendenz des Kapitals lassen sich – anders als von der Postkolonialen Theorie behauptet – sehr wohl Heterogenität, Diversität

und Differenz erklären und begreifen. Die Postkoloniale Theorie verneint dies und behauptet oft gar, dass diese Praktiken nicht nur den Marxismus für unzureichend entblößen, sondern dass diese Praktiken mit dem Kapitalismus kollidieren würden. Dies führt immer wieder auch dazu, dass traditionalistische Kultur oder zum Teil auch offen reaktionäre Praktiken als Widerstand gegen den Kapitalismus verklärt werden.

Zwar finden sich in unserem Alltag wenig Leute, die dies genau so argumentieren würden, dennoch bildet dies der – oft unbewusste – theoretische Hintergrund für Positionen, die relativ populär in akademisch geprägten linken Kreisen sind. Es wird bezweifelt, dass es eine universelle Geschichte des Kapitalismus gibt, oder dass der Marxismus Diversität erklären könne, und überhaupt sei er nicht in der Lage, Macht adäquat zu denken, da er diese immer nur mit Kapital gleichsetze. Solche Positionen sind zweifellos nicht nur in der Postkolonialen Theorie anzutreffen. Die Postkoloniale Theorie widerbelebt diese Vorwürfe allerdings und stattet sie mit dem Selbstverständnis einer radikalen, linken Kritik am Marxismus aus.

## Die Frage der unterschiedlichen Psychologie

Die dritte unüberwindbare Kluft zwischen Ost und West soll gemäss der Postkolonialen Theorie die unterschiedliche Psychologie der politischen Akteure in Ost und West sein. Zur Annahme, dass der westliche und der östliche Kapitalismus grundsätzlich anders funktionieren, gehört, dass viele der Vertreter\_innen der Postkolonialen Theorie von einem zwingend anderen Bewusstsein der Menschen in Ost und West ausgehen. Die postkolonialen, indischen Theoretiker Partha Chatterjee und Dipesh Chakrabarty machen dies an der Bauern- und Arbeiterschaft fest. Kurz zusammengefasst bezweifeln sie, dass die indischen Bäuer\_innen und Arbeiter\_innen nicht in der Lage sind, ihre eigenen materiellen Bedürfnisse unabhängig von der (kulturellen) Gruppe, der sie angehören, zu verfolgen. Diese Fähigkeit, die eigenen materiellen Bedürfnisse zu verfolgen, sei eine spezifisch westliche. Während im Westen Beziehungen geknüpft würden, mit dem Ziel Bedürfnisse und Interes-

sen zu stillen, seien im Osten für Beziehungen Verpflichtungen und Gegenseitigkeit ausschlaggebend. Zwar gibt es durchaus Unterschiede im Hinblick auf Kultur und Bewusstsein. Zentral ist hierbei aber die Frage nach der Ursache dieser. Zum einen ist Kultur immer stark an die materiellen Begebenheiten geknüpft und entwickelt sich auf deren Basis. Zum anderen geht damit die Einsicht einher, dass Kultur etwas Veränderliches und sich Bewegendes ist. Die Postkoloniale Theorie hingegen schreibt Kultur als etwas Starres und Fixes fest.

Zum einen übertreibt die Postkoloniale Theorie auch an dieser Stelle die Unterschiede zwischen West und Ost. Zum anderen gibt es keinen Grund daran zu zweifeln, dass auch Arbeiter\_innen im Osten ihre eigenen Bedürfnisse und materiellen Interessen verfolgen und ihre Beziehungen und Gruppen Zugehörigkeiten zwar nicht nur, aber auch darauf ausrichten. Gleichzeitig unterstellt es den westlichen Arbeiter\_innen eine falsche Selbstsüchtigkeit, da diese ihre Gruppenzugehörigkeiten durchaus nicht nur nach Profitmaximierung und eigenem Vorteil wählen. Diese Annahmen der Postkolonialen Theorie sind nicht nur extrem unwahrscheinlich, sondern beleben auch den Orientalismus wieder, den sie vorgeben zu bekämpfen. Tatsächlich fällt man mit solch einer Argumentation hinter die Errungenschaften der Aufklärung zurück, verneint die Gleichheit und Vernunftfähigkeit der Menschheit und essentialisiert die Kultur von Ost und West.

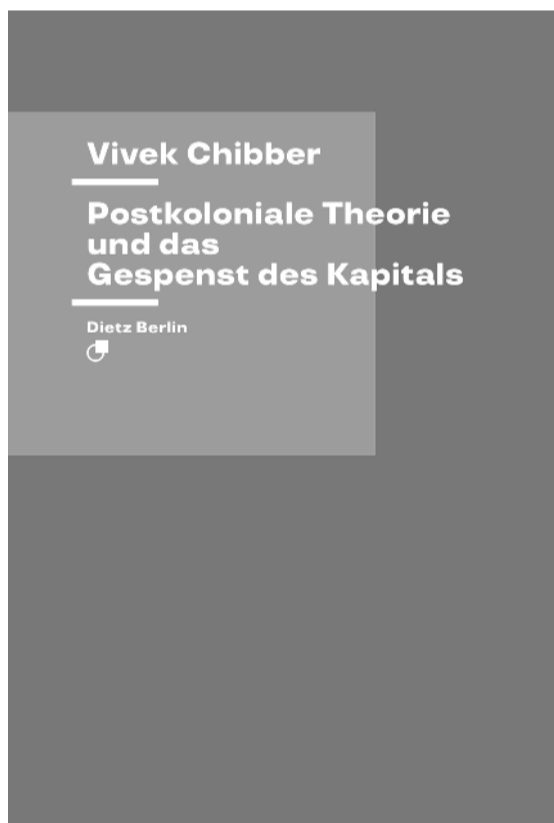
Auch hier gilt es zu sagen, dass wenig Leute offen und in dieser Klarheit für eine unterschiedliche Psychologie der Menschen in Ost und West argumentieren, tatsächlich finden sich Versatzstücke dieser Idee aber Allenorts in der Linken. Gerade in Kreisen, in welchen der Erkenntnisgewinn über die eigene Erfahrung als privilegierte und unantastbare Form der Erkenntnis behandelt wird, hört man oft, dass Menschen im Westen dieses und jenes nicht beurteilen können würden, da ihnen eben jene Erfahrung fehle und man die Menschen in ihrer Psychologie eben auch nicht vergleichen könne. Der Vorwurf des Eurozentrismus dieser Art findet man aber immer wieder auch bei Kräften, die sich als marxistisch verstehen. Wo man andernorts Postkoloniale Theorie und poststrukturalistische Einflüsse kritisiert, wird auch in marxistischen Kreisen immer wieder ein Postkoloniales Begriffsset genutzt, wenn es denn gerade die eigene Argumentation unterstreicht. Schlussendlich verfestigt und legitimiert man so die Postkoloniale Theorie. Vielleicht werden einige dies als spitzfindig abtun, genau so findet die Postkoloniale Ideologie aber Eingang in marxistische Kreise. Dabei finden sich gerade jetzt Anzeichen, die Hoffnung auf einen «materialistischen turn» in Teilen der politischen Widerstandsbewegung machen. Insofern wäre es wichtig, diese Seite der Gesellschaftsanalyse immer und überall zu stärken.

#### Eine emanzipatorische Politik verteidigen

Tatsächlich geht es nicht darum Forschung, die sich mit (Neo-)Kolonialismus befasst, zu delegitimieren. Die Postkoloniale Theorie wird von bürgerlicher Seite angegriffen, weil sie Ungleichheit und Ungerechtigkeiten thematisiert und aus ihr immer wieder imperialismus-kritische Haltungen und Praxis folgen. Damit steht sie uns Marxist\_innen deutlich näher als ihre rechten Gegenspieler\_innen. Dies darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass einige der zentralen Annahmen der Postkolonialen Theorie einer emanzipatorischen Praxis im Weg stehen. In Anbetracht der aktuellen politischen Lage und den drohenden oder bereits laufenden imperialistischen Kriegen muss eine progressive und emanzipatorische Politik zwingend das Gemeinsame zwischen allen Ausgebeuteten und Unterdrückten dieser Welt hervorheben. Nur auf dieser Basis eines gemeinsamen Interessens ist es möglich, eine starke, allgemeine Perspektive gegen die kapitalistische Welt und ihre Kriege zu entwerfen.

Die Postkoloniale Theorie ist dabei wenig dienlich. Sie stellt das Trennende zwischen Kulturen ins Zentrum und schreibt diese als unabänderlich fest. Sie befördert den Eurozentrismus und Orientalismus, in dem sie den Westen als einmaligen Hort der Vernunft und Rationalität beschreibt und im Osten grundlegend andere Kräfte als im Westen am Werk sieht. Die marxistische Theorie sieht hingegen überall die gleichen grundlegenden Kräfte des Kapitalismus am Werk, auch wenn sie sich hinsichtlich Intensität, Art und Weise und ihrer Folgen zum Teil stark unterscheiden. Dabei entpuppt sich auch der vielbemühte Vorwurf gegen den Marxismus, er würde sich nur um die kapitalistischen Zentren scheren und den Osten und die (ehemals) kolonisierte Welt kaum beachten, als unzureichend. Viel eher ist die Geschichte des Marxismus gerade eine Ansammlung von Beiträgen, die genau diese Thematik der Unterschiede in verschiedenen Teilen der Welt, zu begreifen versuchen. Lenin, Gramsci, Trotzki, Mao, Dependenz- und Welt-systemtheorie oder Walter Rodneys, kürzlich neu ins Deutsche übersetzte, «Wie Europa Afrika unterentwickelte», befassen sich alle mit den unterschiedlichen Dynamiken des Kapitalismus in der Welt.

Die Argumentation in diesem Artikel stützt sich weitgehend auf das Buch mit dem wunderbaren und äusserst treffenden Titel «Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals» vom amerikanisch-indischen Soziologen Vivek Chibber. Dieser seziert auf rund 370 Seiten die Postkoloniale Theorie äusserst genau und manchmal etwas langwierig. Für alle, die sich mit der Thematik mehr befassen wollen, lohnt sich das Buch trotzdem. Aus diesem Grund wurde es auch schon in einer früheren Ausgabe des AUFBAU als Buchtipp rezensiert.



## Charlotte Kerner: We are volcanoes

1986 sprach die Schriftstellerin Ursula K. Le Guin vor Studentinnen. Sie machte den jungen Frauen Mut, auszubrechen wie Vulkane, und mit ihren Taten und Gedanken die Welt zu verändern, neue Landkarten zu erschaffen. Der Titel des Buches ist ein Zitat von Le Guin und ein Vergleich: Die Biologinnen Rachel Carson (1907-1964), Lynn Margulis (1938-2011) und Donna Haraway (\*1944) sind in der Tat Volcanoes. Als Ökoviisionärinnen waren sie ihrer Zeit weit voraus. Sie wurden bekämpft, ignoriert oder nicht wirklich ernst genommen. Doch heute **zeitigen** sich ihre Werke, die zum grossen Teil entstanden sind, bevor der Klimawandel und das Artensterben wissenschaftlich bewiesen waren, bevor die Grenzen des Wachstums offensichtlich wurden und als Ökologie noch kein heiss diskutierter Begriff war. Heute ist die Welt reif geworden für ihre Werke, welche nun eine Dringlichkeit entfalten und Mut machen zum Handeln. Rachel Carson erklärte in ihrem Sachbuch *Der stumme Frühling 1962* erstmals einer breiten Öffentlichkeit den tödlichen Kreislauf von Insektenvernichtungsmitteln. Es machte klar, dass bspw. DDT verboten werden muss. Auch in ihrer Meerestriologie hatte Carson die ganze Welt im Blick. Lynn Margulis erforschte die für alles irdische Leben so wichtigen Bakterien und wie vor Abermillionen Jahren die Zellen geboren wurden, aus denen auch wir gebaut sind. Sie entdeckte die Symbiose von Bakterien mit Zellen als wirkmächtige Kraft der Evolution und ergänzte Charles Darwins Theorie. Sie zeigte, wie grundlegend alles Leben auf Kooperation beruht. Donna Haraway, die in Margulis eine inspirierende Lehrerin fand, stellte bereits Mitte der 80er Jahre die starren Grenzen zwischen Natur und Kultur, ebenso wie zwischen den Geschlechtern und zwischen Mensch und Maschine in Frage. Sie hat uns neue, vielfältige Gefährten unterschiedlichster Art zur Seite gestellt.

Charlotte Kerner bringt die Drei in ein fiktives Gespräch, in welchem deutlich wird, wie sehr wir auf andere Lebewesen angewiesen sind. Sie rütteln auf, was Folgen hat für unsere Sicht auf die Welt und damit für unser Handeln in der Welt. Sie helfen verstehen, was auf der Erde seit der industriellen Revolution und in einem immer schnelleren Tempo passiert. Angesichts der fortschreitenden Klimakatastrophe ist das notwendiger denn je. «Es wäre ein riesiger Gewinn, Klarheit über unser Tun zu gewinnen ... Was wir brauchen ist kein dumpfer Weltschmerz, sondern aufgeklärte Wirklichkeit» (Eva von Redecker).

Noch sind am fernen Horizont die Konturen einer zukünftigen Planet-Erde-Wohngemeinschaft nicht klar zu erkennen. Es bedarf unserer vulkanischen Kraft um das Kapitalozän zu überwinden. Carson, Margulis und Haraway haben in ihrem Leben und Fachgebiet eingefahrene Wege verlassen und die «Landkarten» des Denkens verändert. Sie sind bis heute Vulkane geblieben. Zu ihnen führt diese poetische LeseReise mit Charlotte Kerner. Wir können hören, wie sie immer noch ausbrechen.

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

**Sonntag**  
**18 bis 20 Uhr**  
**Immer am ersten**  
**Sonntag des Monats**

**Wiederholungen**  
**jeweils**  
**donnerstags**  
**10 bis 12 Uhr**

BILDMANIPULATION UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

# Rote Erinnerungsfetzen im Pixelsturm

**Künstliche Intelligenz ist omnipräsent. Gerade auch die Möglichkeiten zur Generierung von fotorealistischen Bildern stellt die Entwicklung einer zeitgenössischen revolutionären Ästhetik vor neue Fragen. Bevor wir diese Tools grundsätzlich ablehnen oder naiv befürworten, lohnt sich ein Blick zurück in die Geschichte der politischen Fotomontage.**

(agafz) Wer in den letzten Monaten Zeit in den Feeds in sozialen Netzwerken verbrachte, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit dem einen oder anderen **Deepfake** begegnet. Dabei tauchte dann vielleicht der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz im Körper des Rappers Haftbefehl auf und benutzte ungewohnte Wörter. Deepfakes und insbesondere diese spezifische Technik des «face-swapping» sind technisch seit einigen Jahren möglich, jedoch verbessert sich die Qualität stetig und die Tools für dessen Herstellung werden immer breiter zugänglich. Deepfakes sind aber nur ein kleiner Teil der Gesamtheit aller neuen Entwicklungen im Bereich der Bildmanipulation, welche durch die Etablierung von auf künstlicher Intelligenz basierter Software in den vergangenen Jahren in Erscheinung traten.



«Scholzbefehl»: Youtube-Short von funki39

Anfang 2023 machte ein Bild von Papst Franziskus in einer auffallend modernen weissen Daunenjacke die Runde und verdeutlichte den qualitativen Sprung in Bezug auf die zunehmend unscharfen Grenzen zwischen generierten und «echten» fotografischen Bildern. Mittlerweile ist es problemlos möglich, ganze Werbekampagnen für Modekollektionen ohne menschliche Darsteller\_innen durchzuführen, wie vor kurzem das Unternehmens Mango mit ihrem Einsatz eines KI-Modells zeigte. Die parlamentarische Politik und der öffentliche Diskurs haben den Themenkomplex aufgegriffen und verhandeln unterdessen beispielsweise Fragen zu den Auswirkungen von KI-Bildern auf den kreativen Arbeitsmarkt und idealisierte Körperbilder. Diese beschränken sich einerseits aber häufig nur auf legalistische Lösungen: Das Europaparlament hat dieses Jahr ein erstes KI-Gesetz erarbeitet, welches unter anderem vorschreibt, dass künftig Texte, Bilder und Videos, die mit künstlicher Intelligenz erstellt wurden und auf digitalen Plattformen veröffentlicht werden, als ebensolche gekennzeichnet werden müssen. Andererseits zeigt sich, dass KI für den bürgerlichen Staat nur dort dringende Lösungen verlangt, wo die herrschenden Machtstrukturen gefährdet sind oder ökonomische Faktoren eine Rolle spielen.

## Bildmanipulationen gab es schon vor KI

Auch für die revolutionäre Bewegung stellen sich im Zusammenhang mit KI und den ihren Möglichkeiten neue Fragen, welche noch beantwortet werden müssen.

Was es jedoch festzuhalten gibt: Bildmanipulationen sind weit älter als künstliche Intelligenzen. Bereits mit dem Aufkommen der analogen Fotografie und somit schon zu Beginn der Fotografie-Geschichte wurden parallel dazu Methoden entwickelt, um neue fotografische Wirklichkeiten zu kreieren. Von händischen Retuschen bis hin zu neuen Bildkompositionen durch Überlagerungen waren verschiedene Eingriffe möglich. Diese Möglichkeiten haben sich entwickelt und dem jeweiligen technologischen Fortschritt angepasst – die Intention blieb ähnlich. Der markanteste Unterschied zeigt sich im zeitlichen Aufwand. Wofür früher mehrere Stunden Handarbeit benötigt wurden, können wir den gleichen Eingriff heute in wenigen Klicks erzwingen. Man ist verleitet auch den qualitativen Unterschied zwischen heutigen KI-Fotos und bearbeiteten Bildern von vor hundert Jahren herauszuheben. Dabei spielt aber der historische Kontext eine entscheidende Rolle. Gerade bei einer sich rasch entwickelnden Technologien wie KI, ist die Gefahr gross, von der Neuartigkeit geblendet zu werden und aufgrund der noch fehlenden Rezeptionserfahrung Schnellschüsse zu ziehen. Diese neuen künstlichen Bildformen, werden langfristig auch Veränderungen unseres Verständnisses des Mediums Bild mit sich bringen.

Eine Besonderheit des fotografischen Bildes – im Unterschied zu Text – ist die sich hartnäckig haltende Assoziation mit der Authentizität. Bis heute werden Bilder, bewegte und Standbilder, die mit einer Kameratelevisoren eingefangen wurden oder als solche erscheinen, als Abbild der Realität interpretiert. Ein Grossteil der Auseinandersetzungen mit KI-Bildern bleiben in diesem Denkmuster gefangen: «Ist dieses Bild echt oder gefälscht?» Bilder sind immer auf einem Spektrum von vielen reproduzierten Wirklichkeit zu verstehen und nicht als singuläre Realität. Und genau darin schlummert auch ein Potenzial, welches für Revolutionär\_innen und ihre politischen Ausdrucksformen produktiv sein kann.



«Adolf, der Übermensch: Schluckt Gold und redet Blech» von John Heartfield. Fotomontage für die AIZ, 1932. Nr. 32

## Heartfieldsche Praxis ins Jetzt übertragen

Die heutige Herausforderung besteht darin, eine subversive Bildsprache zu entwickeln, welche die gegenwärtigen Technologie als Mittel zum Zweck nutzt, ohne sich davon abhängig zu machen. Wie das konkret aussehen wird und welche Rolle KI-Tools dabei spielen, wird sich noch zeigen. Für eine erste Orientierung, lohnt es sich aber einen Blick zurück auf eine spezifische Form der Bildmanipulation zu werfen.

John Heartfield, geboren 1891 als Helmuth Herzfeld, war Grafiker und Maler und gilt als Erfinder der politischen Fotomontage. Geprägt von einem dadaistischen Kunstverständnis, entwickelte er einen neuartigen Bildstil, indem er als selbstdefinierter Monteur Teile von Fotos aus Druckerzeugnissen wie Zeitungen ausschchnitt und zu neuen Kompositionen zusammenfügte. Die Aussage war dabei stets politisch motiviert. Heartfield war Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands und arbeitete unter anderem für die Arbeiter-Illustrierten-Zeitung (AIZ). Sein Können nutzte er als antifaschistische Waffe im Kampf gegen die Nazi-Propaganda. Eine von Heartfields Fotomontagen zeigt zum Beispiel Adolf Hitler mit durchsichtigem Oberkörper, im Stil einer Röntgenansicht, welcher sich durch den geöffneten Mund mit Geldmünzen füllt. Die wirkungsvollen fotorealistischen Wirklichkeiten wurden für agitatorische Zwecke meistens noch durch Textelemente ergänzt: «Adolf, der Übermensch: Schluckt Gold und redet Blech». Das Werk wurde vervielfacht und während des Reichstagswahlkampfes als Grossformat plakatiert. 1933 musste Heartfield vor den Nazis flüchten – zuerst nach Prag und später nach London – gestaltete aber aus dem Exil weiter und schuf einige seiner bekanntesten Werke. Besonders prägnant ist eine Montage, welche mit dem Wort «Mimikry» betitelt wurde. Darauf zu sehen ist Hitler in Uniform und hinter ihm Joseph Goebbels, welcher auf einem Stuhl steht und Hitler den Bart von Karl Marx umhängt. Die Fotomontage wurde im April 1934 auf dem Titelblatt der AIZ abgedruckt und schmähte das Bestreben der Nazis, die nationalsozialistischen Ideen in die Arbeiterschaft zu tragen.

Was können wir politisch und ästhetisch von Heartfields Fotomontagen in die heutige Zeit übertragen? Heartfield arbeitete mit den zu seiner Zeit sichtbaren Bildern und ihrer populären Verbreitungsformen. Dieser (Foto-)Realismus hatte im Vergleich zu illustrativen Darstellungsformen eine andere Dimension. Daneben ist aber gerade in Zeiten immer neuer und besserer Effekte vor allem eine Charakteristik nach wie vor wertvoll: Der Fokus lag schon bei Heartfields Fotomontagen nicht auf der glaubwürdigen optischen Täuschung, sondern viel mehr auf der geschickten Konstruktion von neuen visuellen Wirklichkeiten, die sich die Eigenheit und Wirkungskraft von Bildern zu Nutze machte. Dies sollten wir bedenken, in Anbetracht der neu aufkommenden Möglichkeiten im Zeitalter des digitalen Bildes und dem Anspruch einer zeitgemässen eigenen revolutionären Ästhetik.



«Mimikry» von John Heartfield. Fotomontage für die AIZ, 1934. Nr. 16

**IMPRESSUM Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org  
**Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

**ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU** Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

**VERKAUFSTELLEN Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.